

lehrer nrw

Verband für den Sekundarbereich



Photograph: © Hochschule Verlag / Graf-Adolf-Strasse 84 · 40225 Düsseldorf

Quo vadis gegliedertes Schulwesen?

3 Aufgespießt

Unsere Bürgerpflicht:
Wählen gehen!

10 Titel

Das Eignungs-
praktikum

13 Dossier

Auf dem Weg zur
Aufbaurealschule

18 Schule & Politik

Bildungskonzepte
im Wahl-
Wettbewerb

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint acht Mal jährlich
als Zeitschrift des 'lehrer
nrw' – Verband für den
Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für Mit-
glieder des 'lehrer nrw' im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Preis für Nichtmitglieder im
Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 10
vom 1. Januar 2010

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.



Radikaler Schnitt oder behutsame Weiterentwicklung?

Seite 4



AUFGESPIESST

Brigitte Balbach: Unsere
Bürgerpflicht: Wählen gehen!

3

IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach:
Radikaler Schnitt oder
behutsame Weiterentwicklung?

4

MAGAZIN

Fach 'Wirtschaft' vor dem Start

6

Umfrage: Bürger wollen keine
Schulstruktur-Experimente

8

Lehrerräte-Netzwerk auf Kreisebene

8

Hauptschulpreis 'Starke Schule'

8

Auszeichnung für 'Netzwerk Lehrkräfte
mit Zuwanderungsgeschichte'

9

Internet-Portal unterstützt

9

Hauptschüler

9

Eignungsfeststellungsverfahren

9

TITEL

Albina Lobell:
Das Eignungspraktikum

10

DOSSIER

Auf dem Weg zur Aufbaurealschule

13

PERSONALRÄTE & KREISVERBÄNDE

Serie Ausschüsse und Referate:
Der Ausschuss Gesamtschulen

17

Führungswechsel im

17

Kreisverband Bochum

17



SCHULE & POLITIK

Bildungskonzepte im
Wahl-Wettbewerb

18

Heribert Brabeck:
Einhundert Prozent Sicherheit
gibt es nicht

20

Ulrich Gräler: Inklusion –
eine neue pädagogische
Herausforderung

22

Ulrich Gräler/dbb tarifunion:
Eingruppierungsverhandlungen
für Angestellte fortgesetzt

23



MUNDGERECHT

Michael König:

– Keine Verbeamtung
bei Übergewicht?

24

– Zeckenbiss ist Dienstunfall

24



ANGESPITZT

Jochen Smets:
Schlafen als Schulfach

25

Länger gemeinsam lernen

25

ÜBER DEN TELLERRAND

Hessen führt die
Mittelstufenschule ein

26

Ärger um Werkrealschulen

26



HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku

27

Unsere Bürgerpflicht: Wählen gehen!



von BRIGITTE BALBACH

Am 9. Mai sind Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen: Das weiß ganz Deutschland und ist gespannt auf das Ergebnis. Viele halten dies für eine Schicksalswahl, da hier sozusagen die Weichen auch für die Bundespolitik gestellt werden. Fällt Nordrhein-Westfalen aus CDU-Hand, so ist die Mehrheit im Bundesrat verspielt. Kein Wunder, dass alle den Atem anzuhalten scheinen. Die Wahl ist Richtungweisend für unsere Zukunft in Nordrhein-Westfalen und die aller Bürger Deutschlands. Und so tragen wir mit unserer Entscheidung nicht nur die Verantwortung für die Möglichkeiten in unserem Land, sondern sind verantwortlich für Zukunft Deutschlands insgesamt. Das ist eine Menge Verantwortung, der wir hier und jetzt gerecht werden müssen.

Es kann eine Bürde sein, muss es aber nicht. Wir werden es uns nicht leicht machen, die in unseren Augen richtige Entscheidung zu treffen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass möglichst viele Menschen dieser Verantwortung nachkommen; denn fehlende Wahlstimmen kommen grundsätzlich kleinen, häufig radikalen Parteien zugute. Insofern ist es wichtig, dass wir zum Wählen auffordern: Jeder sollte dies für sich und in seinem Umfeld tun! Da zeigt sich als Erstes einmal unsere Verantwortung.

Der nächste wichtige Schritt ist die Entscheidung für eine Partei. Da hat jeder so seine Vorlieben oder Entscheidungsmerkmale, an denen er misst, wer ihm am meisten zusagt.

▶ Parteien und Schule

Aus schulpolitischer und verbandspolitischer Sicht ist das eine Frage, die bei dieser aktuellen Wahl keine Wahl lässt: Allein CDU und FDP sprechen sich für das gegliederte Schulwesen aus, SPD und Grüne fordern unmissverständlich eine Einheitsschule – die

Linke beschleunigt den anstehenden Umstellungsprozess auch noch durch Pochen auf sofortiges Handeln direkt nach der Wahl. Das sind klare Worte von allen Seiten: Dank dafür!

Schauen wir doch dann einmal genauer hin: Die FDP spricht nicht mehr nur von Haupt- und Realschulen, sondern von ihrer Regionalen Mittelschule, in der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengefasst werden sollen, da, wo es gewünscht wird bzw. nötig ist.

Ja, was sind das für neue Töne?!

▶ Rüttgers will Hauptschulen ausbauen

Die CDU spricht seit der Festschreibung ihres Wahlprogramms von Bildungsvielfalt, nicht mehr vom dreigliedrigen Schulsystem. Am Gymnasium hält sie nach wie vor fest (klar: eine große Lobby eigener Wähler), die Realschulen erwähnt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in letzter Zeit nicht mehr (und ich

war auf fast jeder Veranstaltung, die mit Schule nur entfernt zu tun hatte), wohl aber die Hauptschulen, die er weiter ausbauen möchte.

Er spricht sich, auch auf dem Wahlkampfauftakt am 10. April in Oberhausen, gegen die Einheitsschule und für Bildungsvielfalt aus. Er will »keine Experimente auf dem Rücken unserer Kinder« und will kleinere Klassen mit höchstens 25 Kindern zulassen. Allerdings im Einvernehmen mit dem Finanzminister zunächst für Grund- und Hauptschulen, später dann auch für andere Schulformen. Für Insider ist das leider eine Lachnummer, da Grundschulen einen Schülerchwund zu verzeichnen haben und Hauptschulen die Schüler-Lehrer-Relation 1:18 haben. Aber das weiß ja keiner außer uns – und wir suchen Verbündete für unsere Schulformen, die Verbesserungen auch für Lehrerinnen und Lehrer anstreben und unsere Qualität absichern. →



Foto: MEV

» Die Kommunen geben die Richtung an

Übrigens hat Horst Seehofer, der Ministerpräsident Bayerns, in seiner Lobrede auf Rüttgers in Oberhausen diesen als »verlässlichen Anwalt der Kommunen« beschrieben – das bestätigt Rüttgers selbst, der auf dem CDU-Parteitag davon sprach, die Kommunen in ihrer Entscheidungskompetenz und auch finanziell stark machen zu wollen, unter tosendem Beifall aller Zuhörer. Dem kann jeder Außenstehende sicherlich ohne schlechtes Gewissen zustimmen, nur wir haben Bauchschmerzen, weil wir ja von unseren Schulträgern wissen, dass die Schulentwicklungspläne der Kommunen mit dem Ziel einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in Stadt und Land schon in den Schubladen liegen, um am Tag nach der Wahl zur Bearbeitung und möglichen Umsetzung aktiviert zu werden.

Interessant war in Oberhausen auch ein Beitrag unserer Ministerin Barbara Sommer. Sie antwortete auf die Frage nach ihrer Meinung zu einem Einheitsystem oder einem gegliederten System, dass es ihr in erster Linie darauf ankäme, dass der Unterricht gut werden müsse, dann werde das Andere geklärt. Dies ist mit Blick auf die Einstellungs- und Fortbildungspolitik des MSW eine durchweg beachtenswerte Äußerung, oder?

» Das kleinere Übel wählen

Welche Wahl haben wir denn nun bei den Landtagswahlen? Die Wahl des kleineren Übels, denke ich. Wir werden umdenken müssen, Altes lassen, uns Neuem öffnen, ob wir wollen oder nicht. Denn Nicht-Wählen ist fehlende Verantwortung – diese Blöße sollten wir uns nicht geben.

Seien wir mutig: Treffen wir die Wahl!



Brigitte Balbach ist Vorsitzende des Lehrers nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de



Radikaler Schnitt behutsame Weite

Die Landtagswahl am 9. Mai ist nicht zuletzt eine Abstimmung über die Schule der Zukunft. Wer rot, grün oder dunkelrot wählt, muss wissen, dass er damit auch die Zerschlagung von Hauptschulen, Realschulen und möglicherweise Gymnasien wählt. Beim schwarz-gelben Lager ist sicher nicht mit einem schulpolitisch uneingeschränkten 'Weiter so' zu rechnen, aber doch mit einer behutsameren Reform bzw. Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems.



von ULRICH BRAMBACH

Alle fünf Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, ihren Willen kundzutun und den Parteien ein Zeugnis für geleistete Arbeit auszustellen. Oder nach vorne zu blicken und der Partei die Stimme zu geben, die bezüglich ihrer Interessen die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen verspricht.

Manch einer orientiert sich an den wöchentlichen Wahlprognosen, weil er immer bei den Siegern sein will. Ernsthafte Orientierung findet sich allerdings nur in den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien.

Schauen wir genauer hin, so stellen wir fest: Die CDU ist die einzige Partei, die uneingeschränkt am Beamtenstatus für Lehrer und Lehrerinnen festhält. Erinnern wir uns. Rot-Grün hatte vor fünf Jahren die Abschaffung des Beamtentums bereits im Schulgesetz verankert und verabschiedet. In letzter

Das Duell

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und seine Herausforderin Hannelore Kraft. Vom Ausgang dieses Zweikampfs, den der Wähler entscheidet, hängt nicht nur die Frage nach dem Hausherrn in der Staatskanzlei ab, sondern auch und vor allem die zur Schule der Zukunft.

oder rentwicklung?

Minute konnte das 2005 durch den Regierungswechsel verhindert werden. Heute sind wir froh darüber.

» Einheitsschul-Befürworter mit fadenscheiniger Begründung

Die Schulstrukturdebatte ist in der letzten Zeit – beeinflusst durch die anderen Bundesländer – auch in Nordrhein-Westfalen wieder mächtig in Gang gekommen. Eigentlich waren hier alle Argumente ausgetauscht. Auch gab es für die Einheitsschulbefürworter keine wissenschaftlich fundierten und validen Ergebnisse, die es hätten nahelegen können, die alte Gesamtschuldebatte wieder aufwärmen zu müssen. Dennoch halten SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen krampfhaft an einer Beschulung aller Schülerinnen und Schüler vom ersten Schuljahr bis zur Jahrgangsstufe 10 mit fadenscheiniger Begründung fest.

» Gute Argumente für Hauptschulen und Realschulen

Wir an den Realschulen können dagegen auf Untersuchungsergebnisse verweisen, die im Leistungsbereich, aber auch in den sozialen Kompetenzen über denen der Gesamtschulen liegen. Daneben zeigt die 'Qualitätsoffensive Hauptschule' der Landesregierung erste Erfolge, so dass auch die von Vielen in der Öffentlichkeit schlecht geredete Hauptschule wieder an Stabilität gewinnt und ein wichtiger Baustein im gegliederten Schulsystem bleiben kann.

Die Lehrerausbildung muss sich an den Schulformen ausrichten, von daher sind auch hier die Unterschiede zwischen den Parteien klar. Entscheidend ist für uns Lehrer und Lehrerinnen, dass zukünftig alle Absolventen der Lehrerausbildung einen Bachelor- und Masterabschluss haben und wenigstens achtzehn Monate Referendarzeit erhalten

sowie die gleiche Eingangsbesoldung. Das pädagogische Schlagwort 'individuelle Förderung' taucht überall auf. Sie lässt sich aber nur in kleinen Systemen und kleinen Klassen erfolgreich umsetzen. Daher auch hier die Notwendigkeit eines differenzierten Schulsystems.

» Erfolge von Schwarz-Gelb

Was Schwarz-Gelb in der nun ablaufenden Wahlperiode geschaffen hat, sind die Möglichkeiten zum Ganztagsunterricht auch an den Realschulen und Gymnasien – Rot-Grün hatte das Jahrzehnte nur den Gesamtschulen vorbehalten – und dass Rücklagen gebildet wurden für die in Zukunft anfallenden Pensionslasten des Landeshaushalts. Eine Selbstverständlichkeit für jeden mündigen Bürger. Beides also sind wichtige Maßnahmen im Bildungsbereich, die einerseits den Schülern, andererseits den Lehrern und letztlich uns allen in Nordrhein-Westfalen zugute kommen.

Am 9. Mai ist Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Gehen Sie zur Wahl, und denken Sie daran, dass Sie sich nicht den Ast absägen, auf dem Sie sitzen. Der Sturz könnte tödlich sein!



Ulrich Brambach ist Schatzmeister des
Lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: RLV@RLV-NRW.de

Wie funktioniert Wirtschaft?

Das ist nicht nur in Zeiten globaler Geldvernichtung infolge der Wirtschaftskrise eine entscheidende Frage. Antworten darauf erhalten Realschüler demnächst in der Schule – wenn das Fach Wirtschaft zunächst als Modellversuch und später möglicherweise flächendeckend eingeführt wird.

Fach Wirtschaft vor dem Start

Das nordrhein-westfälische Schulministerium hat am 12. April in einer Pressemitteilung offiziell den Start des auf drei Jahre angelegten Modellversuchs für das Schulfach Wirtschaft an Realschulen angekündigt. Zugelassen werden bis zu dreißig Realschulen, das Bewerbungsverfahren läuft derzeit.

»Der Modellversuch dient dazu, uns konkrete Hinweise zu Inhalt und Umfang eines möglichen Faches Wirtschaft an den Realschulen zu geben«, so Schulministerin Barbara Sommer. In einer Information an die Lehrerverbände hat das Ministerium die Eckpunkte des Modellversuchs umrissen. Hier die wichtigsten:

- Das Fach 'Wirtschaft' kann sowohl als Kernfach als auch als neues Wahlpflichtfach 'Ökonomie' anstelle des Faches Sozialwissenschaften ab Klasse 7 angeboten werden.
- Der Modellversuch geschieht auf Basis der zurzeit gültigen Stundentafel. Eine Ausweitung der Gesamtstundenzahl darüber hinaus ist nicht vorgesehen.
- Realschulen, die das Fach 'Ökonomie' als neues Wahlpflichtfach einführen, entwickeln gemeinsam mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Entwicklungsteam einen Kernlehrplan für das neue Wahlpflichtfach. Dieses wird auf der Basis der in der Stundentafel vorgesehenen zwölf Wochenstunden unterrichtet.
- Die Realschulen, die das Fach 'Wirtschaft' als neues Fach der Fächergruppe II einführen möchten, erhalten zunächst keine Vorgaben über den Stundenumfang und die Jahrgangsanbindung des Faches Wirtschaft, allerdings sollte der Schwerpunkt in den Klassen 7 bis 10 liegen.
- Auch wenn eine Zuordnung des Faches 'Wirtschaft' zum Lernbereich 'Gesell-

schaftslehre' naheliegt, müssen die Stunden nicht zwingend ausschließlich aus diesem Bereich entnommen werden. Aus den Ergänzungsstunden soll höchstens eine Stunde für das neue Fach zur Verfügung gestellt werden, um die spezifische Aufgabe der Ergänzungsstunden für die individuelle Förderung nicht zu beschränken.

- Die Modellschulen entwickeln im Verlauf der dreijährigen Versuchszeit auf der Basis neuer curricularer Vorgaben einen schulinternen Lehrplan 'Wirtschaft' und prüfen die Auswirkungen auf die Fächer Erdkunde, Geschichte und Politik. Dabei werden sie durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung, ein Entwicklungsteam und die Wissenschaft begleitet und unterstützt. Am Ende der Versuchszeit wird dann vom Schulministerium auf Grundlage dieser Erfahrungen endgültig entschieden, ob bzw. in welcher Form das Fach 'Wirtschaft' eingeführt und ein neuer Kernlehrplan »Wirtschaft« erarbeitet wird.
 - Die am Modellversuch teilnehmenden Schulen erhalten jeweils eine zusätzliche Entlastungsstunde aus Rundungsgewinnen.
 - Noch vor den Sommerferien ist eine Auftaktveranstaltung mit den dreißig Modellversuchs-Schulen im MSW geplant. Die erste Fortbildungsveranstaltung soll nach den Sommerferien stattfinden.
- lehrer nrw* hat den Modellversuch als wichtiges Zeichen zur Stärkung der Schulform Realschule gewürdigt. »Ziel muss es sein, das Fach Wirtschaft so bald wie möglich flächendeckend als Kernfach an allen Realschulen in Nordrhein-Westfalen einzuführen«, erklärte Brigitte Balbach, Vorsitzende von *lehrer nrw*. »Wichtig ist es, für das Fach Wirtschaft ein klares Konzept und ein belastbares Curriculum zu entwickeln, damit NRW-weit eine Vergleichbarkeit und Überprüfbarkeit der Anforderungen und Leistungen möglich ist. Hierbei ist es sinnvoll, sich die Kompetenz der Wirtschaftsverbände und Universitäten zunutze zu machen.«



Jugendherbergen in Nordrhein-Westfalen



Soziale Kompetenzen als Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.

**MEHR SOZIALE KOMPETENZ
DURCH KLASSENFAHRTEN**

„Starke Schüler ohne Gewalt“, „Toleranz und Respekt in einer multikulturellen Gesellschaft“, „Klassen-Teamtraining im Hochseilgarten“ – die Themen der Klassenfahrten der Jugendherbergen in Nordrhein-Westfalen vermitteln soziale Kompetenz, vertiefen Fachwissen und fördern die Voraussetzungen für schulischen Erfolg.

Das Planungstrio für Klassenfahrten



Antwortkarte schon weg?
Alle Informationen
erhalten Sie bei unseren
Service-Centern
oder im Internet.



FahrtFinder – Über 150 Klassenfahrten ins Rheinland mit pädagogisch betreuten Programmen.

Abgefahren – Klassenfahrten und Schullandheimaufenthalte in Westfalen-Lippe.

Newsletter für Schulen – Immer up-to-date: Neuigkeiten und Angebote der Jugendherbergen im Rheinland und Westfalen-Lippe.

 **DJH-Newsletter für Schulen**

Kostenlos anfordern 

Persönliche Beratung, Information, Buchung:

Jugendherbergen im Rheinland: Tel.: 0211 30263026 · E-Mail: service@djh-rheinland.de

Jugendherbergen in Westfalen-Lippe: Tel.: 02331 95140 · E-Mail: info@djh-wl.de



Auf einer Pressekonferenz in Berlin wurden die Ergebnisse der Allensbach-Umfrage vorgestellt.



Umfrage: Bürger wollen keine Schulstruktur-Experimente

Eine Allensbach-Umfrage zur Schulpolitik und zum Lehrerbild in Deutschland hat einmal mehr bestätigt, dass die Deutschen im Allgemeinen und die Bürger in Nordrhein-Westfalen im Besonderen keine Schulstrukturreformen wollen. Vordringlichstes Problem aus Sicht der Befragten sind zu große Klassen. Daher wollen 59 Prozent der Bundesbürger, dass die Klassengrößen verkleinert werden. In Nordrhein-Westfalen sind es sogar 62,5 Prozent. Auf Rang Zwei der Mängelliste steht der hohe Unterrichtsausfall (bundesweit 54 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 57 Prozent). Dagegen hal-

ten nur 28 Prozent der Bürger in Nordrhein-Westfalen eine Verlängerung der Grundschulzeit bis nach der sechsten Klasse für sinnvoll (bundesweit 32 Prozent). Auch von oben verordnete Leistungstests für Schulen finden nur 25 Prozent der Befragten in Nordrhein-Westfalen wichtig.

An die auch in Nordrhein-Westfalen von mehreren Parteien beabsichtigte Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen haben die Bürger keine großen Erwartungen. Nur gut ein Drittel der Befragten glaubt, dass dies die Chancen der Hauptschüler verbessern wird. Dagegen befürchten 38,1 Pro-

zent, dass eine Zusammenlegung die Schulbildung der Realschüler verschlechtern wird.

Bedenklich ist das zwiespältige Meinungsbild zum Image und zu den Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer. Generell schneiden Lehrer in der Bewertung bei Eltern schulpflichtiger Kinder wesentlich besser ab als bei der Gesamtheit der Befragten. »Eltern, deren Kinder zur Schule gehen, wissen meist zu würdigen, was Lehrer leisten. In der breiten Öffentlichkeit scheint das Bild des Lehrers allerdings immer noch von vielen Klischees und Vorurteilen geprägt zu sein. Es ist eine Zukunftsaufgabe für Politik und Gesellschaft, dieses Bild zu korrigieren – auch um den Beruf für den Lehrernachwuchs attraktiver zu machen«, erklärte Brigitte Balbach, Vorsitzende von *lehrer nrw* in einer Pressemitteilung.

Lehrerräte-Netzwerk auf Kreisebene

Nach den ersten Lehrerräte-Schulungen gibt es Nachfragen aus dem Alltag und Auffrischungsbedarf. Dazu möchte *lehrer nrw* auf Kreisverbandsebene Treffen anbieten, bei denen sich die jeweiligen Lehrerratsmitglieder der Schulen des jeweiligen Kreises verbandsintern austauschen. Das muss nicht regelmäßig geschehen, sollte aber auf Wunsch einzelner Mitglieder erfolgen, wenn man sich über Probleme austauschen möchte, die auch an anderen Schulen auftauchen.

Es sind hiermit alle *lehrer nrw*-Mitglieder gebeten, die schon an einer Lehrerrateschulung des Verbandes teilgenommen haben oder noch teilnehmen wollen (Anmeldungen unter www.lehrernrw.de), sich möglichst bald unter info@lehrernrw.de zu melden.

Hauptschulpreis 'Starke Schule'

Ab sofort sind bundesweit 6.500 Schulen eingeladen, sich bei Deutschlands größtem Schulwettbewerb zu beteiligen. In Nordrhein-Westfalen heißt der Landeswettbewerb 'Starke Schule – Nordrhein-Westfalens beste Hauptschulen' und wird für alle Hauptschulen ausgeschrieben. Bis zum 23. Juni 2010 können sich Schulen unter www.StarkeSchule.ghst.de online bewerben.

Die Hertie-Stiftung, die Bundesagentur für Arbeit, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die Deutsche Bank Stiftung schreiben den Wettbewerb alle zwei Jahre gemeinsam aus. Den drei Bundessiegern überreicht Bundespräsident Horst Köhler (Bild) die Preise im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung am 11. Mai 2011. Insgesamt werden Preisgelder in Höhe von 220.000 Euro vergeben, darunter Einzelpreise für Schulen zwischen 2.000 Euro und 15.000 Euro.

Ausgezeichnet werden Schulen, die systematisch und nachhaltig arbeiten, um die Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Ein besonderer Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt auf der Förderung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler.



Auszeichnung für 'Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte'

Das Projekt des Schulministeriums 'Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte' ist als einer der '365 Orte im Land der Ideen' ausgezeichnet worden. Damit überzeugte es beim bundesweiten Wettbewerb 'Deutschland – Land der Ideen' unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler. Die Verantwortlichen des Projekts, Christiane Bainski und Dr. Antonietta P. Zeoli, erhielten den Preis bei einem Empfang im historischen Rathaus der Stadt Paderborn. Sie setzen sich dafür ein, dass mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsge-

schichte an den Schulen Nordrhein-Westfalens unterrichten.

Mehr als 350 Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte aus allen Schulformen arbeiten derzeit ehrenamtlich im Netzwerk. Ihr Leitmotiv lautet: »Ich habe es geschafft – Du kannst es auch.« Die Hauptstelle der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien koordiniert das Netzwerk. Sie wird unterstützt von der Landesregierung und zahlreichen Kooperationspartnern in Bund und Land.



Dr. Antonietta P. Zeoli ist eine Lehrkraft mit Zuwanderungsgeschichte. Als Projektverantwortliche nahm sie mit Christiane Bainski die Auszeichnung entgegen.

Internet-Portal unterstützt Hauptschüler

Die Hauptschulen in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln können im Rahmen eines Pilotprojekts ab sofort das Lernportal www.ich-will-lernen.de nutzen, um die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern in den Klassen 9 und 10 weiter zu verbessern und sie so auf die zentralen Abschlussprüfungen vorzubereiten. Das Schulministerium und der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) als Herausgeber des Angebots haben eine entsprechende Vereinbarung getroffen.

Die interaktiven Übungen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie in einem berufsbezogenen Bereich können individuell zusammengestellt werden. Die umfangreichen Übungsangebote sind didaktisch-methodisch aufbereitet. Der Einsatz kann sowohl im Fachunterricht, im Rahmen von Förderunterricht, im Selbstlernzentrum oder zu Hause am privaten PC erfolgen. Die Nutzung ist kostenfrei.



Eignungsfeststellungsverfahren

Die nächsten Termine für das Eignungsfeststellungsverfahren (EFV) stehen fest. Sie lauten:

- 26./27. Mai 2010
- 1./2. Juni 2010
- 16./17. Juni 2010
- 16./17. November 2010
- 1./2. Dezember 2010
- 7./8. Dezember 2010
- 15./16. Dezember 2010

Seit dem 1. August 2009 werden

die Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter an Berufskollegs, Gesamtschulen, Gymnasien, Hauptschulen, Realschulen, Weiterbildungskollegs und Förderschulen für Bewerberinnen und Bewerber ausgeschrieben, die das Eignungsfeststellungsverfahren (EFV) erfolgreich absolviert haben. Das Verfahren wird bis zum 31. Dezember 2010 evaluiert und er-

probt. Das Eignungsfeststellungsverfahren (EFV) überprüft die Eignung als Schulleiterin oder Schulleiter in Bezug auf die Leitungskompetenzen Kommunikation, Rollenklarheit, Innovation und Management. An zwei aufeinander folgenden Tagen absolvieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vier unterschiedliche Übungen der Übungsformen Beratungsge-

spräch, Beurteilungsgespräch, Fallstudie, Gruppendiskussion, Interview, Konfliktgespräch, Postkorb und Präsentation. Die Prüfungen finden vornehmlich in Soest in den Räumen des Landesinstituts statt.

INFO

www.schulleitung.schulministerium.nrw.de/Eignungsfeststellungsverfahren/



Das Eignungspraktikum

Das erste Praxiselement der neuen Lehrerausbildung startet nach den Sommerferien 2010. Als erstes Bundesland bietet Nordrhein-Westfalen damit schon vor dem Studium die Möglichkeit, die Schule als Arbeitsplatz kennen zu lernen. Für alle, die ein Lehramtsstudium planen, ist es eine gute Möglichkeit, um die eigenen Berufsvorstellungen in der Realität zu überprüfen und erste Erfahrungen in der Schule zu sammeln.

▶ Stärkung des Praxisbezuges

Eine größere Praxisnähe und reflektierte Praxisorientierung gehörten zu den zentra-

len Anforderungen an die Reform der Lehrerausbildung, die das Kabinett im Eckpunktepapier vom 11. September 2007 beschlossen hat. Mit der flächendeckenden Einfüh-

rung des Eignungspraktikums bietet sich die Chance zum Perspektivwechsel für alle zukünftigen Lehramtsstudierenden, die einen Studiengang nach Lehrerausbildungsgesetz vom 12. Mai 2009 beginnen werden.

▶ Perspektivwechsel anbahnen

Die Vorstellungen vom Lehrerberuf sind nach der eigenen Schulzeit stark geprägt von den subjektiven Erfahrungen aus der Schülersicht. Erlebte Schulpraxis an der Seite von Lehrerinnen und Lehrern unterstützt

Ist der Berufswunsch 'Lehrer' der richtige?

Diese beiden angehenden Lehramtsstudenten können das mit Hilfe des Eignungspraktikums schon sehr früh feststellen. Das gibt Sicherheit in der Lehrerausbildung oder frühzeitige Gewissheit, sich besser anderweitig zu orientieren.



ikum

Bild: MEV

den Perspektivwechsel. »Beratungsgespräche und Eignungspraktika vor Studienbeginn helfen, dass der Berufswunsch möglichst früh eine realistische Dimension erhält und das Studium zielgerichteter gestaltet werden kann.«* So formuliert es Jürgen Oelkers zusammenfassend in seiner Studie zur Lehrerausbildung in Deutschland. Das Eignungspraktikum in Nordrhein-Westfalen verwirklicht diese Forderung. Das Eignungs-

* Oelkers, Jürgen: »I wanted to be a good teacher...« zur Ausbildung von Lehrkräften in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung. 2009. Seite 11

praktikum findet niemals an einer Schule statt, die selbst besucht wurde, selbst, wenn die eigene Schulzeit dort schon länger zurück liegen sollte. Eine unbekannte Schule oder auch eine Schulform, die selbst nicht besucht wurde, eröffnen die Chance auf erste Einblicke in das Berufswissen von Lehrern.

» Strukturierte Begegnung mit der Schule als Arbeitsplatz

An der Seite von erfahrenen Lehrkräften wird die Schule als Arbeitsplatz von den Eignungspraktikantinnen und Eignungspraktikanten erkundet. Um die Berufswirklichkeit ihrer zukünftigen Rolle umfänglich kennen zu lernen, sollen die zukünftigen Studierenden nicht nur im Unterricht hospitieren, sondern an möglichst vielen Veranstaltungen ihrer Praktikumschule teilnehmen. Dazu brauchen sie eine Mentorin bzw. einen Mentor, die ihnen ermöglichen, in unterschiedlichen Fächern, Klassen und bei verschiedenen Lehrkräften zu hospitieren.

» Erprobung erster eigener Handlungsmöglichkeiten

Wie fühlt es sich an, als Lehrkraft vor einer Lerngruppe zu stehen und beispielsweise an der Tafel etwas zu erklären, eine Meldekette zu moderieren oder eine Hausaufgabe zu erteilen? Diese und andere punktuelle Erfahrungen aus der Perspektive eines Lehrenden helfen den Eignungspraktikantinnen und Eignungspraktikanten bei der Einschätzung ihrer Entwicklungspotenziale. Die persönliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft im Hinblick auf die zu erwartenden, realistischen Anforderungen des Lehrerberufes können nur in der Schulpraxis selbst beurteilt werden.

Die Selbsteinschätzung im Hinblick auf die benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten und förderlichen Haltungen einer Lehrkraft ist eine wichtige Intention des Eignungspraktikums. Zur ganzheitlichen Prüfung der persönlichen Berufswahlmotive kommt die ergänzende Fremdsicht der Mentorin oder des Mentors der Praktikumschule hinzu.

» Mentorinnen und Mentoren geben ihre Erfahrungen weiter

Sie sind die erfahrenen Begleiter der jungen Berufsinteressierten. Als lehrende Praktiker sorgen sie für Hospitationsmöglichkeiten im Unterricht und bei anderen Veranstaltungen der Schule. So erhalten die Eignungspraktikantinnen und Eignungspraktikanten wichtige Anregungen für ihr anschließendes Lehramtsstudium und letztlich auch schon für ihr späteres Berufsleben. Mentorinnen und Mentoren sind die ersten Ansprechpartner im Eignungspraktikum. Sie verschaffen den Praktikantinnen und Praktikanten Gelegenheiten zu begrenzten pädagogischen Handlungserfahrungen und reflektieren das Erlebte mit ihnen.

In ihren Rückmeldungen gehen die Mentorinnen und Mentoren nie von den Anforderungen an fertige Lehrkräfte aus. Von grundlegender Bedeutung sind beispielsweise die wahrgenommene Freude an der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern, das Auftreten und Kommunikationsverhalten in Lerngruppen und im Kollegium, das gezeigte Interesse am Lehrerberuf wie auch die Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Ernsthaftigkeit. Für die einzelne Eignungspraktikantin oder den einzelnen Eignungspraktikanten sind diese Fremdeinschätzungen eine wichtige Ergänzung ihrer Selbstsicht, um die eigenen Entwicklungspotenziale zu erkennen. Selbst- und Fremdrelexion ermöglichen das frühe Kennenlernen einer konstruktiven Rückmeldekultur, die für den Lehrerberuf von großer Bedeutung ist.

» Das Praktikum endet mit der Eignungsberatung

Nach zwanzig Praktikumstagen mit durchschnittlich sechs Zeitstunden in der Schule haben sich für die Eignungspraktikantinnen und Eignungspraktikanten viele Gelegenheiten zu Beobachtung, handelnder Auseinandersetzung und konstruktiver Rückmeldung ergeben. Ihre persönlichen Erkenntnisse halten sie in einem Portfolio Praxiselemente fest. →

Im Bildungsportal wird im Juli 2010 ein onlineunterstütztes Beratungsverfahren auf der Grundlage von CCT-Germany zur Verfügung stehen. Hier finden Interessierte hilfreiche Informationen zur Studien- und Berufswahl, die alle Schulformen einbeziehen. Das kann dann besonders wichtig sein, wenn sich beispielsweise im Eignungspraktikum herausstellt, dass man lieber mit einer anderen Altersgruppe arbeiten möchte und dazu nach weiteren Schulformen sucht.

INFO

Über Details und konkrete Wege zur Umsetzung des Eignungspraktikums an den Schulen informiert *lehrer nrw* in der nächsten Ausgabe.

Das Eignungspraktikum endet mit einem Beratungsgespräch. Die Schulleitung und/oder die Mentorin oder der Mentor führen auf der Grundlage der angeleiteten praktischen Erfahrungen in der Schule sowie der Ergebnisse der Erfahrung der Selbst- und Fremdeinschätzungsverfahren ein Beratungsgespräch mit der Eignungspraktikantin bzw. dem Eignungspraktikanten. Die gemeinsame Eignungsreflexion hat das Ziel, eine reflektierte Studien- und Berufswahl anzubahnen. Nach der Eignungs-

beratung erhält die Eignungspraktikantin bzw. der Eignungspraktikant eine Bescheinigung für sein Portfolio. Diese dient gleichzeitig als Nachweis über das absolvierte Eignungspraktikum und ist eine Zugangsvoraussetzung zum Vorbereitungsdienst.

» Schulen führen durch und verantworten – Studien-seminare begleiten das Eignungspraktikum

Die gesetzliche Grundlage des Eignungspraktikums ist § 12 des Lehrerausbildungsgesetzes vom 12. Mai 2009. Den Schulen wird die Verantwortung für die Durchführung zugewiesen. Daher finden das Eignungspraktikum und die abschließende Eignungsberatung ausschließlich in den Schulen statt. Mentorinnen und Mentoren, die von ihrer Schule beauftragt worden sind, werden ab Herbst in ihre Arbeit eingeführt. Die Studienseminare haben die Aufgabe übertragen bekommen, mögliche Anrechnungen zu prüfen. Der Gesetzgeber hat unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zugelassen, dass nachgewiesene leitende Tätigkeiten aus der Kinder- und Jugendarbeit auf ein Eignungspraktikum angerechnet werden können. Näheres dazu wird der Erlass zum Eignungspraktikum regeln.

» Gute Schulen machen Lust auf den Beruf – neu ist die Unterstützung der Studien- und Berufswahl durch erfahrene Lehrkräfte

Wer sich für die Schule als Arbeitsplatz entscheidet, will eine gute Lehrerin bzw. ein guter Lehrer werden. Mit dem Eignungspraktikum sind Interessierte bei der Berufswahl nicht mehr nur auf ihre Annahmen zum Lehrerberuf angewiesen. Neu ist es, dass dabei erfahrene und geschulte Lehrkräfte als Mentoren die Eignungspraktikantinnen und Eignungspraktikanten in ihrem Rollenwechsel gezielt anleiten. Für die wichtige Aufgabe, den eigenen Nachwuchs an die Herausforderungen des Berufes heranzuführen, erhalten die Schulen eine Anrechnungsstunde zusätzlich.

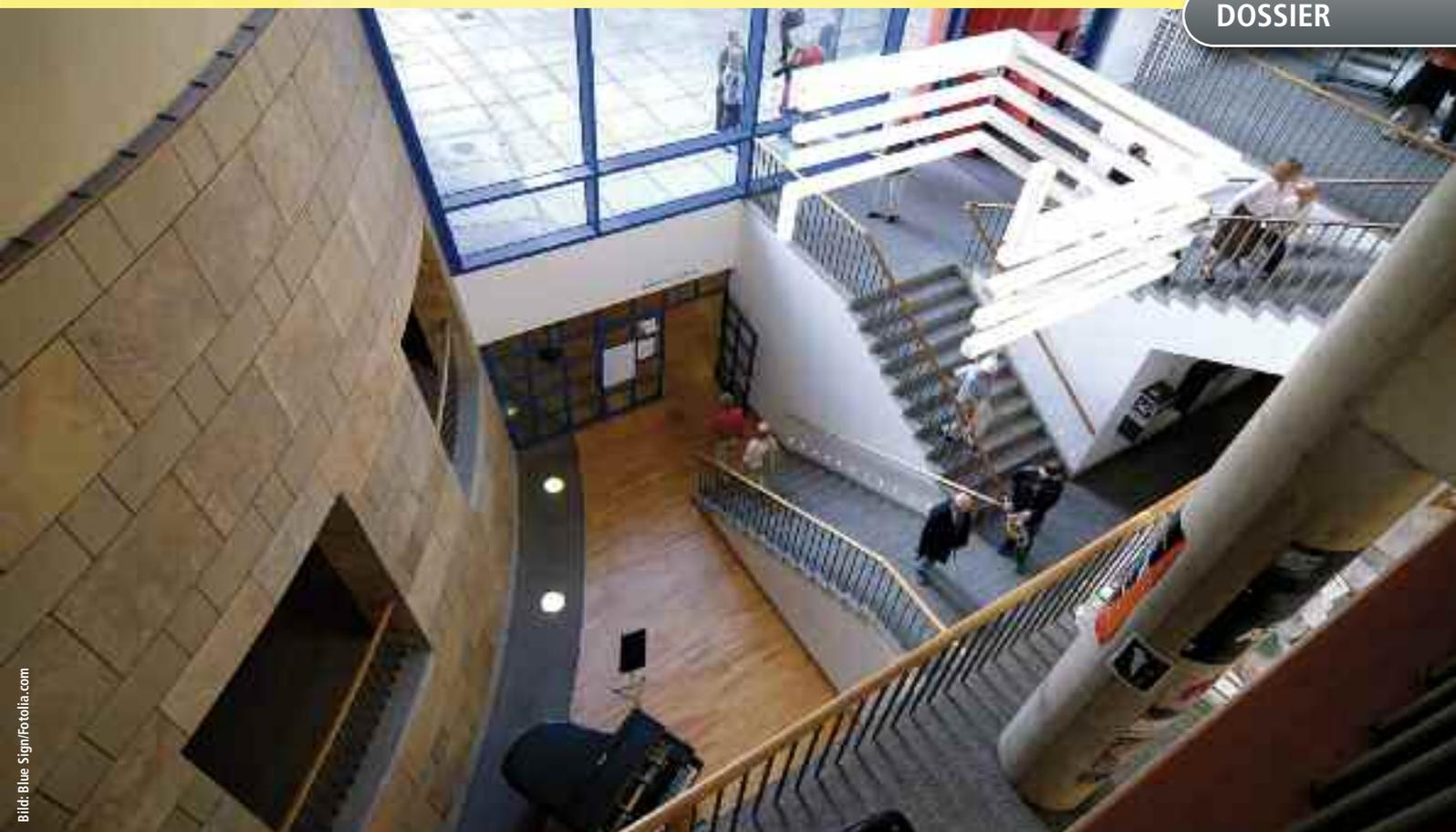
Albina Lobell

Referentin im Referat 424
Ministerium für Schule und Weiterbildung



Nach § 9 der Lehramtszugangsverordnung verfügen die Absolvierenden und Absolventen des Eignungspraktikums über die Fähigkeit,

- die Situation der Schülerinnen und Schüler als individuelle Lerner wahrzunehmen und zu reflektieren,
- die Rolle der Lehrenden wahrzunehmen und zu reflektieren,
- die Schule als Organisation und Arbeitsplatz oder auf die Schule bezogene Praxis- und Lernfelder wahrzunehmen und zu reflektieren,
- erste eigene Handlungsmöglichkeiten im pädagogischen Feld zu erproben und auf dem Hintergrund der gemachten Erfahrung die Studien- und Berufswahl zu reflektieren.



Aufbaurealschule

Eine Schule mit Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven – das ist die neue Aufbaurealschule.

Auf dem Weg zur Aufbaurealschule

Lehrer nrw hat ein Grundlagenpapier für eine Weiterentwicklung der Verbundschulen im gegliederten System entwickelt. Die darin postulierte Aufbaurealschule unterscheidet sich vom integrativen Modell bekannter Gesamt- und Einheitsschul-Modelle durch ihren kooperativen Ansatz. Der folgende Text ist eine leicht gekürzte Fassung des Grundlagenpapiers.

» Ausgangssituation

Durch die allgemeinen bildungspolitischen Entwicklungen in den deutschen Bundesländern ergibt sich auch für Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit, die Position der Realschule im Gesamtsystem des Schulwesens neu zu justieren. Der Realschullehrerverband Nordrhein-Westfalen (RLV NRW) hat vor drei Jahren in Zusammenarbeit mit Prof. Peter J. Brenner ein umfassendes

Strukturkonzept vorgelegt, in dem wesentliche inhaltliche wie strukturelle Entwicklungsperspektiven der Realschule formuliert werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat im Jahre 2009 diese Initiative aufgegriffen und ihrerseits ein Profilpapier zur Entwicklung der Realschule vorgestellt.

Die Denkschrift des RLV und das Profilpapier des Schulministeriums stellen sich der Aufgabe, einerseits eine weithin akzeptierte und leistungsfähige Schulform in ih-

rer Substanz erhalten zu wollen und sie andererseits an die veränderten bildungs- und sozialpolitischen Gegebenheiten, wie sie sich seit der Jahrtausendwende ergeben haben, anzupassen. Die beiden Konzepte stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern verhalten sich komplementär und beleuchten unterschiedliche Facetten des Realschulpotenzials.

Sie reagieren auf die neuen Herausforderungen, vor denen alle Schulen in →

Deutschland stehen. Sie werden wesentlich durch die deutsche PISA-Diskussion markiert, die vor allem auf die Forderung nach individueller Förderung und auf den Abbau der Differenzierungen in den Schulstrukturen hinausläuft.

Die sozialpolitische Problemlage ist diffuser. Sie ist wesentlich bestimmt durch Diskussionen über die besondere Lage von Schulkindern mit Migrationshintergrund, über Kinderarmut und über eine maßgeblich durch die Mediensituation 'veränderte' Kindheit.

» Neue Herausforderungen für die Realschule

Diesen Fragen muss sich auch die Realschule in Nordrhein-Westfalen verstärkt stellen – und zwar in jeder Hinsicht: Curricular, didaktisch und strukturell. Sie steht damit vor der Aufgabe, ihre Fächerangebote und Lehrpläne auf neue soziale Gegebenheiten einzustellen, didaktische Konzeptionen zu entwickeln, die der deutlich veränderten Schülerschaft der Realschule gegenüber der vorherigen Generation gerecht werden und schließlich auch Schulstrukturen zu entwickeln, die sich den neuen Gegebenheiten anpassen, ohne dass das Profil der Realschule in seiner eigenständig wahrnehmbaren Schulform zerstört würde.

(...)

Neben der PISA-Diskussion hat der 'demografische' Faktor eine eigene Dynamik in der deutschen Bildungsdiskussion entfesselt, die bundesweit zu lebhaften Schulstrukturdiskussionen und auch überstürzten Schulstrukturänderungen geführt hat. Die öffentliche Diskussion ist von der Vorstellung beherrscht, dass in absehbarer Zeit ein dramatischer Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten sei und entsprechend das Schulsystem anders strukturiert sein müsse. Wesentliche bildungspolitische und schulpolitische Entscheidungen der jüngeren Zeit beruhen auf dieser Annahme. Auch in Nordrhein-Westfalen werden zunehmend auf kommunaler Ebene unter Berufung auf dieses Argu-

ment Schulstrukturen geschaffen, die auf eine Zusammenlegung von Schulformen hinauslaufen. Inzwischen haben rund zwanzig Gemeinden davon Gebrauch gemacht oder einen entsprechenden Antrag gestellt.

» Der überbewertete 'demografische Faktor'

Eine genauere Betrachtung zeigt indes dass der 'demografische Faktor' nicht wirklich eine Grundlage für flächendeckende schulpolitische Entscheidungen bietet. Die Entwicklung von Schülerzahlen vollzieht sich in der Regel regional und weder länder- noch bundesweit gleichsinnig. In der Bundesrepublik bestehen ein dramatisches West-Ost-Gefälle und wohl nach wie vor auch ein Stadt-Land-Gefälle. Aber generell lässt sich in Nordrhein-Westfalen sicherlich sagen, dass kein allgemeiner und bedeutender Schülerrückgang zu erwarten ist, der eine substantielle Umgestaltung der Schulstruktur erforderte.

Was allerdings deutlich zu beobachten ist, ist eine Änderung des Bildungsverhaltens und der damit einhergehenden Bildungsbeteiligung, der in der Tat regional und lokal dazu führen kann, dass die Schülerzahlen sich auf die einzelnen weiterführenden Schularten dramatisch anders verteilen als in den letzten Jahrzehnten. Das ist die eigentliche Problemlage, die mit demographischen Bevölkerungsentwicklungen und dem damit einhergehenden Rückgang der Schülerzahlen wenig zu tun hat.

(...)

Die Folgen sind bekannt: In ihrer Summe haben diese Faktoren zu dramatischen Verschiebungen des Schulbesuchs im Sekundarbereich während des letzten Jahrzehnts geführt. Im Blickpunkt der öffentlichen Wahrnehmung steht dabei die Auszehrung der Hauptschulen und der dadurch entstehende wellenförmige Druck, der auch die beiden benachbarten Schulen im Sekundarsystem, Realschule und Gymnasium, ausgeübt wird.

(...)

» Die Schulstrukturentwicklung in Deutschland

Die Tendenzen zu einer Zweisäuligkeit des Schulwesens stoßen weitgehend auf große Zustimmung. Dabei wird nicht wahrgenommen, dass über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der neuen Schulstrukturen wenig bekannt ist. Nicht wahrgenommen werden auch die durchaus ernstzunehmenden Stimmen, welche die Hauptschule aufgrund ihrer pädagogischen Kompetenz erhalten wissen wollen, um auch für die Schüler ein Angebot zu haben, die dieser Kompetenz bedürfen.

(...)

Ein besonderes Defizit in der öffentlichen Wahrnehmung ist die Tatsache, dass auch die meisten zweisäuligen Schulstrukturen dreifach gestufte Abschlüsse beibehalten haben. Nach wie vor gibt es meist – in verschiedenen Benennungen – den Hauptschulabschluss, den Mittleren Abschluss und das Abitur, das durch eine Vielzahl anderer Hochschulzugangsberechtigungen ergänzt wird. Das führt notwendig dazu, dass in diesen Bundesländern zwar nur zwei Schulformen vorgehalten werden, die nicht-gymnasiale Schulform aber zwei 'Bildungsgänge', eben einen 'Bildungsgang Hauptschule' und einen 'Bildungsgang Realschule' anbietet.

Das Thema 'Realschulbildung' ist also auch dort noch nicht erledigt, wo es keine Realschule mehr gibt.

» Situation in Nordrhein-Westfalen

Das ist die Situation, vor der die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen steht. Sie ist wesentlich bestimmt durch die Entwicklung in anderen Bundesländern und den dadurch entstehenden Anpassungsdruck. Nüchtere Analyse kann der Einsicht nicht ausweichen, dass sich die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen diesem Druck nicht widersetzen kann. Dieser Druck hat auch in Nordrhein-Westfalen bereits einige Folgen gezeitigt. Das Schulgesetz erlaubt in § 83 ausnahmsweise bei Vorliegen be-

stimmter Voraussetzungen den organisatorischen Zusammenschluss von Schulen, faktisch also die Einrichtung von verbundenen Haupt- und Realschulen.

Von dieser Möglichkeit wurde bislang moderat Gebrauch gemacht, wobei wohl davon ausgegangen werden muss, dass 'demografische Gründe', die der eigentliche Anlass für die entsprechende gesetzliche Regelung waren, nicht immer im Vordergrund gestanden haben. Es ist abzusehen, dass sich, dem bundesweiten Trend folgend und ungeachtet sachlicher Notwendigkeiten, diese Neigung zur Gründung von Verbundschulen verstärken wird, weil sich die lokale Politik oft Vorteile – nicht immer unbedingt schulischer Art – davon verspricht. (...)

» Perspektiven

Dabei sollte die Chance genutzt werden, im Sinne des Profildokuments des Schulministeriums grundsätzlich über die Aufgaben der Realschule in der Bildungslandschaft Nordrhein-Westfalens nachzudenken und überlegte organisatorische Konsequenzen zu ziehen, die mehr sind als bloß Reaktion auf die öffentliche Meinungsbildung. Das Profildokument gibt einen Rahmen für die inhaltliche, didaktische, curriculare wie auch pädagogisch-erzieherische Weiterentwicklung der Schulform 'Realschule'. Der dazu passende organisatorische Rahmen muss in einem nächsten Schritt entwickelt und praktisch erprobt werden.

Die Weiterentwicklung der Realschule in Nordrhein-Westfalen sollte nicht als Teil einer Schulstrukturreform betrieben werden, sondern eben als Weiterentwicklung einer vorhandenen, bewährten und zukunfts-trächtigen Schulform. Es wird nicht darauf ankommen, flächendeckend ein neues Schulangebot einzuführen, sondern in den Bereichen, in denen auf Grund konkreter örtlicher Gegebenheiten der Wunsch nach vielen Schulabschlüssen besteht, zur Sicherung eines breiten Angebots Verbundschulen nach § 83 Schulgesetz einzuführen.

Auch wenn berechtigte Zweifel bestehen, dass die jeweiligen örtlichen Gege-

benheiten es erlauben, Abschlüsse mit der gleichen Qualität zu versehen, die sie bislang hatten, hat es angesichts sowohl der politischen wie publizistischen wie juristischen Lage – auch Gerichte erkennen zunehmend den Kommunen das Recht zu, Schulangebote nach eigener Wahl zu gestalten – wenig Sinn, sich politisch dagegen zu verwahren. Es wird vielmehr darauf ankommen, durch geeignete Maßnahmen im Detail sicher zu stellen, dass die alten Abschlüsse auch in den Schulverbänden eine hohe Qualität haben.

Das Profildokument des Schulministeriums weist den Weg, den die Landesregierung hier gehen kann. Es weitet den Auftrag der Realschule behutsam aus, indem es das Konzept 'mittlerer Realschulbildungsgang' nach beiden Seiten dehnt – auf der einen Seite wird es der Realität gerecht, dass zunehmend stärker Schülerschichten in die Realschule übergehen, die nach traditionellen Maßstäben nur als bedingt realschulgeeignet gelten können und insoweit besonderer pädagogischer Maßnahmen bedürfen, auf der anderen Seite hat sich der Trend längst durchgesetzt, dass die Realschule auch als Durchgangsstadium zur Hochschulzugangsberechtigung von leistungsstarken Schülerschichten genutzt wird.

Und schließlich verfügt die Realschule nach wie vor über jene traditionelle Kernklientel, die mit einem Realschulabschluss mittlere Berufswege in Verwaltung, Handwerk, Gewerbe und Industrie einschlägt. Diese Vielschichtigkeit und die damit verbundene Spreizung der Leistungsfähigkeit der Realschulschülerschaft haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt. Es hat wenig Sinn und ist auch nicht Erfolg versprechend, diese Entwicklung rückgängig zu machen. Indem die Realschule diese Entwicklungen auffängt, wird sie nicht zur Gesamtschule. Sie steht nach wie vor vor der Aufgabe, mittlere Bildungsabschlüsse auf hohem unterrichtlichem Niveau anzubieten, damit ihre Schüler die vielfältigen Anschlussmöglichkeiten in weiterführenden Schulen und Berufen wahrnehmen können.

» Von der Realschule zur Aufbaurealschule

Die eigentlichen Probleme bei der Einrichtung von Verbundschulen stellen sich eher auf der organisatorischen denn auf der programmatischen oder konzeptionellen Ebene. Es muss durch einschlägige organisatorische Maßnahmen sicher gestellt sein, dass auch verbundene Schulformen die Qualität der jeweiligen Einzelschulform erhalten und möglichst in der Kooperation auch noch steigern. Das beginnt mit der Namensgebung. Der Vorschlag von *Lehrer nrw* 'Aufbaurealschule' bringt zum Ausdruck, dass die Schulform in ihrem Wesenskern auch grundsätzlich erhalten bleiben muss und wird. Das hohe Prestige, das die Realschule nach wie vor genießt, kann auf diese Weise in die Zukunft mitgenommen werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Namensgebung von Schulformen einen wesentlichen Aspekt bei der Schulformwahl der Eltern darstellt.

Es muss klar signalisiert und praktiziert werden, dass der Rückgriff auf die traditionelle Realschule in der Namensgebung mehr ist als ein bloßes Etikett. Die Aufbaurealschule muss als legitimer Ableger der klassischen Realschule wahrgenommen und akzeptiert werden.

Konzeptionell folgt die Aufbaurealschule einer doppelten Perspektive: Sie bietet auf der einen Seite die Möglichkeit, auch schwächere Schülergruppen durch geeignete didaktische Maßnahmen an den mittleren Bildungsgang heranzuführen. Auf der anderen Seite bietet sie die Option, durch die Aufstockung um eine Oberstufe die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben.

» Option für Realschuloberstufe

Derartige Lösungen werden im Einzelfall zu entscheiden sein. Das hängt maßgeblich vom Umfeld ab, insbesondere von den lokal erreichbaren Einrichtungen des dualen Schulsystems, ob und in welcher Weise Bedarf nach einer Realschuloberstufe be- →

steht. Es sollte aber ausdrücklich gesichert sein, dass diese Möglichkeit von Anfang an gewährleistet ist und die örtlichen Entscheidungsträger die Option haben, diese Möglichkeit zu realisieren, wenn das weitere Umfeld der Schullandschaft keine anderen Angebote für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung bereitstellt.

Die neuen Schulmodelle sollen kooperativ organisiert sein. Es muss präzise, unter Umständen auch durch klare interne vertragliche Regelungen (Modell Aachen) geklärt sein, wann und in welcher Weise Lehrer und Lehrerinnen eingesetzt werden.

Die Möglichkeit, an Aufbaurealschulen auch die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben – was sicher nicht in jedem Einzelfall realisiert werden kann und muss – stellt ein entscheidendes Merkmal des neuen Schultyps dar. Damit stellt sich diese Schule der Konkurrenz, die in Nordrhein-Westfalen durch die vorhandenen Gesamtschulen und durch die neuerdings auch in Nordrhein-Westfalen auf lokaler Ebene geforderten 'Gemeinschaftsschulen' besteht. Die Vor- und Nachteile dieser Schulformen sind hinlänglich bekannt. Sie bieten die Möglichkeit, kostengünstig verschiedene Schulabschlussangebote am Ort vorzuhalten, aber diese Möglichkeit wird andererseits durchgehend mit einer deutlichen Senkung des schulischen Leistungsniveaus erkauft.

Es wird wesentlich darauf ankommen, dass das Prestige der bewährten Schulform Realschule mitgenommen werden kann und dass es nicht zu einer Aufweichung bzw. Absenkung der bestehenden Qualitätsstandards kommt. Dann kann die Aufbaurealschule eine echte Alternative zu den bisherigen – und weiter bestehenden – Schulangeboten in Nordrhein-Westfalen anbieten. In ihrer kooperativen Grundanlage muss sie so angelegt sein, dass sie sowohl strukturell wie inhaltlich die Leistungsfähigkeit der Schulform Realschule weiterführt und das Qualitätsniveau, vor allem aber die Akzeptanz der Schulform Hauptschule steigert. Dass eine Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen ge-

geben sein muss, versteht sich von selbst. Das ist sowohl aus pädagogischen wie auch aus politischen Gründen – zur Sicherung der Elternakzeptanz – nötig. (...)

Vor den organisatorischen müssen substantielle materielle Grundlagen geschaffen werden. Eine Aufbaurealschule, die sich den oben beschriebenen Herausforderungen stellt, muss unter günstigen materiellen Bedingungen arbeiten. Dazu müssen entsprechende Leistungen der Schulträger und des Landes gewährleistet sein, zum Beispiel dass keine Klasse über 25 Schüler hat. Das wird insbesondere für die Schüler im Bildungsgang Hauptschule die Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss sein; denn nur unter günstigen Lehrer-Schüler-Relationen lässt sich die pädagogische Herausforderung meistern, auch Schüler mit ungünstigen Schulvoraussetzungen zu einem Abschluss zu führen.

► Kernstück des Realschul-Bildungsganges erhalten

Auf der anderen Seite darf der Bildungsgang Realschule in der neuen Schulform nicht vernachlässigt werden. Das Kernstück der bisherigen Realschule, die Neigungsdifferenzierung, muss erhalten und womöglich auch ausgebaut werden. Die Aufbaurealschule hat nur dann eine Chance, sich in der Konkurrenz der Schularten zu behaupten, wenn das klassische und akzeptierte Profil der alten Realschule nicht nur erhalten, sondern auch geschärft und unter günstigen materiellen Voraussetzungen weiterentwickelt wird.

Es wird ein entscheidender Punkt zur Profilierung dieser Schulform gegenüber der Gesamtschule sein, dass sie statt der universellen Unterstellung allgemeiner Begabung präzise individuelle und früh ansetzende Förderung und ebenso angemessene Neigungsdifferenzierung im jeweiligen Bildungsgang erlaubt. Exemplarisch lassen sich die Perspektiven einer solchen curricularen Weiterentwicklung des Bildungsganges Realschule an dem vom nordrhein-westfälischen Schulministerium angekündigten Modellversuch 'Wirtschaft an

Realschulen' erkennen. Damit erhält das Profil der Realschule, deren Stärke bisher in vor allem in den MINT-Fächern liegt, einen weiteren Akzent.

(...)

Die Leistungsfähigkeit der neuen Schulform wird auch von den für sie gewählten Organisationsformen abhängen. Die beiden in der Aufbaurealschule vereinigten Bildungsgänge müssen kooperativ nebeneinander geführt werden. Es müssen klare Regelungen für die Art der Kooperation geschaffen werden, insbesondere in den Fällen, in denen ein bildungsgangübergreifender Einsatz von Lehrkräften gesichert praktiziert wird. Hier muss sichergestellt sein, dass jeder der beiden Bildungsgänge das für seine Bedürfnisse angemessen qualifizierte Personal erhält. Klare Regelungen müssen auch für den Übergang der Schüler vom einen in den anderen Bildungsgang erarbeitet werden.

Zur Qualitätssicherung der Aufbaurealschule und damit auch zur Akzeptanz in breiteren Bevölkerungsschichten wird es wesentlich beitragen, wenn durch klare organisatorische Signale sicher gestellt wird, dass diese Schule als Fortführung der Realschule konzipiert ist. Zu diesen Signalen gehören die Bestellung der Schulleiter aus den Realschullaufbahnen und auch die haushaltsrechtliche Positionierung der neuen Schulform im Realschulkapitel des Landeshaushalts.

Die Aufbaurealschule als neue Schulform in der Schullandschaft könnte für die weitere Entwicklung des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen neue Impulse geben. Sie würde einerseits aktuellen Ansprüchen an das Bildungswesen gerecht werden, indem sie zusätzliche ortsnahe weiterführende Bildungsabschlüsse ebenso wie einen Neuanfang der problematisch gewordenen Schulform Hauptschule ermöglicht. Gleichzeitig wird mit dieser Schulform aber auch die bewährte Praxis der klassischen Realschule fortgeführt, Schüler in erster Linie praxisnah für Berufe in Handwerk und Industrie, Wirtschaft und Verwaltung auf einem hohen Niveau auszubilden.

Serie Ausschüsse und Referate

Der Ausschuss Gesamtschulen

Der Ausschuss Gesamtschulen begleitet trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen vor Ort die Arbeit der Schulform Gesamtschule kritisch und zugleich konstruktiv.

Der Ausschuss trägt dazu bei, Positionen zu schulpolitischen Fragen bezüglich der Arbeit an den Gesamtschulen zu entwickeln und zu vertreten. Der Ausschuss arbeitet in diesem Bereich dem Landesvorstand von *Lehrer nrw* zu. Da sich die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer im Gesamtschulbereich nicht verbessert haben und unter dem Vorzeichen der Qualitätsoffensive viele Schulen allein gelassen werden, bleibt der Verband der einzige Mittler zwischen Schulbürokratie und den Kollegien vor Ort.

Der Ausschuss Gesamtschulen beschäftigt sich unter anderem mit den folgenden Themen und Problemstellungen:

- Vertretung der beruflichen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Kolleginnen und Kollegen an Gesamtschulen.
- Analyse der Arbeitsbedingungen an Gesamtschulen
- Behandlung zentraler bildungspolitischer Themen und Vorgaben
- Unterstützung der Lehrkräfte an den Gesamtschulen vor Ort.
- Registrierung und Erörterung aktueller Probleme und Vorfälle in Gesamtschulen, zum Beispiel zeitliche Überbeanspruchung der Lehrerinnen und Lehrer
- Arbeitszeitmodelle
- Kommunikative Vernetzung mit den Kolleginnen und Kollegen an den Gesamtschulen
- Individuelle Förderung bei hoher Heterogenität der Lerngruppen

Aus diesen vielfältigen Inhalten ergeben sich beispielsweise die folgenden Ziele, die der Ausschuss schwerpunktmäßig anstrebt:



Ausschussvorsitzender Michael Gottmann

- Zusammentragen und Bündelung der Probleme aus im Gesamtschulbereich
- Vorschläge zur Beseitigung von Missständen erarbeiten
- Stärkung und Unterstützung der Kollegien vor Ort
- Einfordern von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bei der Politik mit Hilfe des Verbandes
- Überprüfung, ob es zu positiven Veränderungen in der Praxis kommt
- Tagungen und Fortbildungen speziell für Gesamtschullehrer
- Vernetzung von Kolleginnen und Kollegen der Gesamtschulen
- Entlastung der Gesamtschulkolleginnen und -kollegen

Das Gremium setzt sich aus dem Vorsitzenden, einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und Mitgliedern aus den fünf Regierungsbezirken zusammen. Sitzungen finden mehrmals im Kalenderjahr in unterschiedlichen Bezirken statt.

KONTAKT

Michael Gottmann
Vorsitzender
Tel.: 02 34 / 452 40 35
E-Mail: Michael_Gottmann@web.de



KV-Vorsitzender Jörn-Klaus Schürle

Führungswechsel im Kreisverband Bochum

Der Kreisverband Bochum (KV 11) hat einen neuen Vorsitzenden: Jörn-Klaus Schürle löste Brigitte Balbach ab, die das Amt wegen der Doppelbelastung als Verbandsvorsitzende abgab. Das neue Vorstandsteam:

Vorsitzender: Jörn-Klaus Schürle

1. stellv. Vorsitzende: Claudia Genius

2. stellv. Vorsitzender: Martin Lagemann

Schatzmeister: Hubert Heidtkamp

Schriftführerin: Renate Schulte-Eickholt

1. Beisitzer: Wolfram Märzc

2. Beisitzerin: Birgit Herzog

3. Beisitzer: Norbert Gätz

Aktuell steht beim KV 11 die nächste Vertrauenslehrerversammlung am 18. Mai um 17.30 Uhr in der Gaststätte 'Vitrine', Drusenbergstraße 164 in Bochum an. Hierzu werden aus der Verbandsspitze auch Brigitte Balbach und Ulrich Brambach erwartet. Bei dieser Gelegenheit wird Brigitte Balbach als ehemalige KV-Vorsitzende Bochum verabschiedet. Auch werden bei dieser Veranstaltung die bestellten Lehrerkalender und Jahrbücher an die Vertrauenslehrer ausgegeben.

KONTAKT

Jörn-Klaus Schürle
Kreisvorsitzender des *Lehrer nrw*
Bezirk Bochum
Tel.: 02 31 / 589 77 77 · Fax: 02 31 / 589 77 78

Bildungskonzepte im Wahl-Wettbewerb

Wer hat die besten Konzepte für Bildung und Schulpolitik? Diese Frage wird die Landtagswahl am 9. Mai entscheiden. *Lehrer nrw* hat die Wahlprogramme von CDU, FDP, SPD, Grünen und Linken unter die Lupe genommen. Die Synopse fasst die zentralen Aussagen der Parteien zu drei wesentlichen Themen zusammen.

► Schulstruktur

CDU: Wir wollen, dass die Klassen in Zukunft kleiner sind. Das gilt vor allem für die Grundschulen, denn hier wird die Grundlage für den weiteren Bildungs- und Berufserfolg gelegt. Wir werden außerdem die Hauptschulen weiter verstärkt durch den Ausbau der 'Qualitätsoffensive Hauptschule' fördern und mit den erfolgreichen Verbundschulen und Teilstandortlösungen für den Erhalt eines ortsnahen Schulangebots sorgen.

FDP: Die FDP will neben Haupt-, Real-, Gesamtschulen sowie Gymnasien neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demografiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen.

Diese Schulform neuen Typs soll im Sinne einer differenzierten Regionalschule ('regionale Mittelschule') auch bei sinkenden Schülerzahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativem Anspruch garantieren. Geeignete Schüler können im Anschluss die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erwerben.

SPD: Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft. Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule. Sie nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Eltern, Schule und Schulträger entscheiden,

ob ab der siebten Klasse weiterhin ein vollständig integrativer Unterricht stattfindet oder ob eine Differenzierung (beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen) vorgenommen wird. Am Ende der Klasse 10 können auf der Gemeinschaftsschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden.

GRÜNE: Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähriger Kinder zu erreichen. Wir wollen Lernbarrieren abbauen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit schaffen. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an.

Wir wollen Gemeinschaftsschulmodelle ermöglichen. Wir wollen jedes Jahr mindestens zehn Prozent der Schulen dafür gewinnen, sich auf den Weg zur Schule der Zukunft zu machen. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, in Absprache mit den örtlichen Schulen selbst darüber zu entscheiden, alle weiterführenden Bildungsgänge organisatorisch und pädagogisch zusammenzuführen.

DIE LINKE: Die Linke NRW will 'Eine Schule für Alle' von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Dies ist eine Schule, die alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien einbezieht. Ein zweigliedriges Schulsystem, wie es in anderen Bundesländern umgesetzt wird, dient nur der Rettung des Gymnasiums. Deshalb lehnen wir es entschieden ab. 'Eine Schule für Alle' orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist in-

CDU

SPD

FDP

Die Liberalen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

DIE LINKE.

tegrativ (Kinder mit und ohne Behinderungen lernen gemeinsam), barrierefrei und sozial. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten.

» Lehrerstellen / Lehrerausbildung

CDU: Wir haben ein neues Lehrerausbildungsgesetz mit höherem Praxisanteil etabliert. Vor allem werden wir bis Ende 2010 über 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und damit den Unterrichtsausfall gegenüber Mai 2005 halbiert haben.

Von großer Bedeutung ist auch die Reform der Lehrerausbildung. Kaum ein Beruf ist so wichtig für unsere Zukunft wie der des Lehrers. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Beruf wieder die öffentliche Anerkennung bekommt, die er verdient. Wir wollen mehr junge Menschen dafür begeistern, Lehrer zu werden.

FDP: Die Freien Demokraten haben die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer neu gestaltet. Wir werden Studierenden im Rahmen eines Studiengangs mit Bachelor- und Masterabschluss frühzeitig Praxiserfahrungen vermitteln und ihre pädagogischen Kompetenzen stärken. Dabei wird die Fachlichkeit nicht vernachlässigt.

Jetzt muss auch die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer intensiviert werden: Die Mittel für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen schrittweise auf einen 1,5-prozentigen Anteil erhöht werden. Neben unterrichtsbegleitenden Maßnahmen fordern wir die Einführung eines Fortbildungssemesters.

SPD: Zu einer zukunftsorientierten Schulstruktur gehört eine moderne Lehrerbildung, die sich nicht an Schulformen, sondern an Lernphasen ausrichtet. Wir wollen, dass alle Lehrkräfte gleich lang und gleich gut ausgebildet werden. Jedem interessierten Absolventen eines lehramtsrelevanten Bachelors ist ein Lehramtsmasterplatz anzubieten. Der Vorbereitungsdiens umfasst achtzehn Monate. Wir wollen eine gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrämter und die Einführung aufgabenbezogener Beförderungsmöglichkeiten für die Schulen.

GRÜNE: Das Lehrerausbildungsgesetz ist anachronistisch und muss in Bezug auf seine rückwärtsgewandte Schulformausrichtung (unter anderem Masterprofil Hauptschule oder Realschule) novelliert werden. Besonders in der universitären Phase der Lehramtsausbildung ist früh ein stärkerer Praxisbezug in Form von praktischen Einheiten und semesterbegleitenden Praktika wichtig. Die Praxisphasen im Studium müssen konzeptionell miteinander verknüpft und mit einer kontinuierlichen Beratung der Studierenden verbunden werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die zweite Phase (Referendariat) nicht vernachlässigt wird. Sie darf nicht auf weniger als achtzehn Monate reduziert werden.

DIE LINKE: Studierende im ganzen Land klagen über die Unstudierbarkeit und die Überlastung durch völlig verschulte Lehramtsstudiengänge. Mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz sind Chancen vertan worden, die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren. Wir kritisieren insbesondere, dass die angehenden Lehrerinnen und Lehrer weiterhin für die einzelnen Schulformen ausgebildet werden. Hier ist die Chance vertan worden, ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder in den Blick zu nehmen.

» Individuelle Förderung / Bildungsgerechtigkeit

CDU: Wir haben die individuelle Förderung gestärkt, zum Beispiel durch Lernstudios und gezielte Programme für lernschwache Schülerinnen und Schüler. Die Erfolge können sich sehen lassen: Schon 314 Schulen in Nordrhein-Westfalen haben das bisher bundesweit einmalige Gütesiegel für individuelle Förderung in der schulischen Praxis erhalten. Wir haben 2009 den niedrigsten Stand an Sitzbleibern seit Beginn der Erhebung erzielt. Und auch beim Abitur haben wir das beste Ergebnis seit dem Beginn der Aufzeichnung erreicht. Darauf können wir stolz sein.

FDP: Den demographischen Wandel, der im neuen Jahrzehnt voraussichtlich zu einem Rückgang der Schülerzahlen von über fünf-

zehn Prozent führt, werden wir insbesondere für kontinuierlich kleinere Klassen, die weitere Minimierung des Unterrichtsausfalls und den Ganztagsausbau nutzen. In der letzten Wahlperiode haben wir das Schüler-Lehrerstellen-Verhältnis von etwa neunzehn Schülern pro Lehrer im Jahr 2005 auf siebzehn Schüler pro Lehrer reduziert. Bis 2015 streben wir eine deutliche weitere Reduzierung an. Wir wollen dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen Schulformen keine Klasse mehr eingerichtet wird, die mehr als 25 Schüler hat.

SPD: Für gerechte Bildungschancen brauchen wir längeres gemeinsames Lernen mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes. Wir wollen das erfolgreiche gemeinsame Lernen in Vielfalt in den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen übertragen. Die Gemeinschaftsschule steht für eine andere Lernkultur. Jede Schülerin, jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und Förderplan. Wir wollen, dass der Unterricht neu organisiert und gestaltet wird. Lernen in Projekten und fächerübergreifendes Lernen erfordern flexiblere Organisationsstrukturen.

GRÜNE: Die pädagogisch unsinnigen Klassenwiederholungen wollen wir überflüssig machen. Schülerinnen und Schüler, die ansonsten das Klassenziel nicht erreichen würden, sollen frühzeitig gefördert werden.

Die üblichen Schulnoten leisten keine differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Deshalb wollen wir alternative Formen wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher erproben und einführen. Außerdem werden wir die Kopfnoten umgehend abschaffen.

DIE LINKE: Statt Sitzenbleiben und Bewertung über Kopfnoten sollten Schülerinnen und Schüler ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit niemand ohne Schulabschluss die Schule verlässt.

Die Linke fordert: Ersetzung des Notensystems als Druck-, Disziplinar- und Selektionsmittel durch eine regelmäßige schriftliche, für die Schülerin und den Schüler verständliche Rückmeldung über die Lernfortschritte, die die Schülerinnen und Schüler stärkt und motiviert.



15 Menschen starben beim Amoklauf von Winnenden am 11. März 2009. Eine Expertengruppe beriet auf Einladung von Schulministerin Barbara Sommer über Möglichkeiten, solch schreckliche Ereignisse künftig zu verhindern. Prävention spielt eine wichtige Rolle, auch wenn es hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann.

Einhundert Prozent Sicherheit gibt es nicht

Nach dem Amoklauf von Winnenden hatte Ministerin Sommer eine Expertengruppe eingeladen, die prüfen sollte, welche Strategien geeignet sind, Gewalttaten durch junge Menschen möglichst zu verhindern. Auch wenn der Bericht noch etwas auf sich warten lässt, kann schon jetzt festgestellt werden, dass die pädagogische Präventionsarbeit den Rahmen für alle anderen Maßnahmen bildet, deren jeweilige Umsetzung jedoch nicht leicht ist.



von HERIBERT BRABECK

Im Bericht werden folgende 'Gelingensbedingungen' formuliert:

- Zur Sicherung der Kultur des Hinsehens und zur pädagogisch verantwortlichen Prävention sind kleinere Lerngruppen unerlässlich. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Klassengröße reduziert wird.
- Soziales Zusammenleben muss verpflichtend in der Schule gelernt, eingeübt und gefestigt werden. Dazu ist die Wiederein-

führung der wöchentlichen Klassenlehrerstunde dringend geboten.

- Die Teams für Beratung, Prävention und Krisenintervention müssen flächendeckend und verpflichtend bei allen Schulleitungen eingerichtet werden. Hilfen zu ihrem Aufbau und die Fortbildung der Mitglieder müssen gesichert werden.

» Anerkennungskultur

Auch wenn hier nicht auf jeden Einzelaspekt des Berichts eingegangen werden kann, sind einige Kernaussagen hervorzuheben. Einigkeit bestand darin, dass die sicherste

Präventionsmaßnahme in Familie und Schule beginnt. Daran müssen Lehrkräfte und Eltern immer wieder gemeinsam arbeiten, d.h. Anerkennung und Wertschätzung täglich erfahrbar und erlebbar zu machen. Schülerinnen und Schüler, die eine zusätzliche Unterstützung brauchen, sollen in beratendem und betreuendem Personal, insbesondere Schulsozialpädagogen und -psychologen, ihre Ansprechpartner finden. Diese Forderung ist aus Lehrersicht natürlich nur so zu verstehen, dass diese Kräfte zusätzlich eingestellt werden.

Die Forderung nach kleineren Lerngruppen klingt im aktuellen Wahlkampf gut, ob aber für die auch geforderte Wiedereinführung der wöchentlichen Klassenlehrerstunde die erforderliche Zeit systematisch und organisatorisch vorgehalten werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Die Empfehlung, Ergänzungsstunden jetzt auch für das soziale Lernen in der wöchentlichen Klassenlehrerstunde zu nutzen, geht an der Rea-



Archivfoto: Dreyes

lität vorbei. Zumal jetzt auch noch der WP II-Bereich gestrichen wurde und deshalb viele Realschulen zum Beispiel das Fach Hauswirtschaft – wenn überhaupt – ab Klasse acht mit zwei Wochenstunden aus dem Kontingent eben dieser Ergänzungsstunden anbieten müssen.

» Sensibilität für Mobbing schärfen

Zur Verbesserung des Schulklimas gehört sicherlich, eine stärkere Sensibilität gegenüber Mobbing zu entwickeln, das heißt auch, Mobbing gegenüber Lehrkräften offensiver aufzuarbeiten. Bestehende und wirkungsvolle Anti-Mobbing-Programme (wie z.B. nach Olweus) müssten den Schulen noch stärker bekannt gemacht werden.

Der regelmäßige Einsatz von empirisch geprüften Präventionsprogrammen, die in das schulische Gesamtcurriculum integriert sind, muss auch weiterhin von den Schulen eingelöst und gesichert werden. Dazu geben die Notfallpläne Hinweise für Handlungsmöglichkeiten und entsprechende Absprachen.

Der gemeinsame Runderlass zur Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität von 2007 ist eine feste Basis für die Kooperation von Schu-

len, Polizei, Justiz und Jugendbehörden. Der 'Präventionsatlas NRW' ist ein zusätzlicher Wegweiser zur kriminalpräventiven Netzwerkarbeit in Nordrhein-Westfalen. Er hilft, bestehende Netzwerke zu finden sowie Ideen für neu einzurichtende präventive Gremien zu gewinnen, und regt den Erfahrungsaustausch zur Optimierung der eigenen Netzwerkarbeit an (www.polizei-nrw.de/praeventionsatlas).

Ein Thema für sich bleibt die frühzeitige Identifizierung von Täterinnen und Tätern, da es kein Erkennungsmuster gibt, das zweifelsfrei eine Person als gefährdet/ gefährdend identifiziert. Befragungsraster können hier hilfreich sein. So wartet man auf Ergebnisse des Berliner Leaking-Projekts (Prof. Scheithauer; www.leaking-projekt.de), das 'durchsickernde' Hinweise (so genannte Leakings) auf beabsichtigte schwere zielgerichtete Gewalt herausfiltern will. Wer sich um die Lehrkräfte kümmert, die Leakings melden, besonders wenn Schulleitungen Meldungen von Leakings nicht wahr haben wollen, bedarf noch gesonderter Klärung.

» Sicherheit und Sicherheitsgefühl

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Präventionsarbeit ist die Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls bei allen am Schulleben Beteiligten. Die von den Notfallplänen geforderten schulischen Krisenteams tragen dazu bei, dass korrekt und überlegt gehandelt werden kann. Die Beilage 'Pinnwand' zum Heft 1/2010 von *Schule.NRW* listet die Aufgaben auf. Der Notfallordner soll regelmäßig (rund halbjährlich) von den Schulen in Konferenzen aufgegriffen werden. Der Umgang mit Bedrohungslagen sollte nur im kleinen Rahmen (d.h. nur mit Schulleitung, Krisenteam, evtl. Schülersprecher, Feuerwehr, Polizei und Elternvertretung) geübt werden, um im Ernstfall sicherer auf Bedrohungen reagieren zu können. Dabei muss deutlich werden, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann.

Es ist zu begrüßen, dass Schulen technische Maßnahmen zur Sicherung und Alarmierung eigenverantwortlich umsetzen. Ei-

ne Schulbegehung gemeinsam mit der Feuerwehr, der Polizei, dem Schulträger und der Unfallkasse können wertvolle Hinweise und Empfehlungen für die Sicherheit geben. Dazu gehören beispielsweise auch: Raumnummern außer- und innerhalb der Räume und damit übereinstimmende Feuerwehrpläne, eine verlässliche Kommunikation in allen Räumen durch Lautsprecheranlagen oder akustische Signale, ein spezielles Amokalarmsignal, das sich deutlich von anderen Alarmsignalen unterscheidet, und für den Extremfall die Erreichbarkeit einer Schule über verschiedene Telefonnummern.

Die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl werden selbstverständlich auch durch die regelmäßige Zusammenarbeit der Kontaktpersonen der Schule und der Polizei gestärkt, wenn sie in der Schule regelmäßig präsent sind und mindestens halbjährlich ihre Zusammenarbeit bewerten.

» Fortbildung

Das MSW hat allen Schulen empfohlen, Schulteams für Prävention und Krisenintervention zu bilden, die das Verhalten in Krisensituationen sowie Verantwortlichkeiten und Kontaktpersonen festlegen. Durch sie können sowohl präventive als auch krisenbewältigende Strukturen in der Schule aufgebaut werden. Inzwischen bieten verschiedene Partner, insbesondere die Polizei und die örtlichen Schulpsychologen, neben Fortbildungen für Krisenteams Hilfestellungen zur Bildung und zur Arbeitsweise der Krisenteams und zur Umsetzung der Notfallpläne an. Neben den Schulpsychologen bzw. schulpsychologischen Beratungsstellen (Umgang mit Krisensituationen und wirkungsvolle Prävention) bieten die lokalen Kompetenzteams mit dem Schwerpunkt 'Sozialkompetenz' ab Sommer 2010 Fortbildungen zur Prävention in Schulen an.

Gelingensbedingung Nr. 1 für Prävention muss also die entsprechende Entlastung für alle Fortbildungsmaßnahmen sein, sonst machen alle anderen Forderungen keinen Sinn.



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des Lehrers NRW und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW - E-Mail: h.brabeck@grigora.de



Die Einbeziehung von behinderten Kindern – ob mit Down-Syndrom oder anderen Beeinträchtigungen – fordert die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bei der Umsetzung muss allerdings der soziale und pädagogische Nutzen für das einzelne förderungsbedürftige Kind sichergestellt sein.

» Diskussionsforum initiiert

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW hat diesen aus der UN-Konvention herzuleitenden Auftrag für den Bereich der Bildung aufgenommen und ein Diskussionsforum für alle am Bildungsprozess beteiligten Verbände und Institutionen initiiert, um ein trag- und konsensfähiges Konzept zur Umsetzung dieser Richtlinie im Schulbereich zu erarbeiten. In den beiden bisherigen Diskussionsrunden sind jedoch eine Vielzahl an Vorstellungen und Überzeugungen aufeinandergetroffen, die sich aus den je unterschiedlichen pädagogischen und politischen Interessenlagen herleiten lassen.

lehrer nrw unterstützt die Zielsetzung dieser Konvention und beteiligt sich deshalb auch intensiv an dieser Diskussion. Allerdings steht für den Verband die mit dieser Konvention verbundene Erwartung einer vorbehaltlosen Integration von Menschen mit Behinderung in den Regelschulbetrieb unter der Prämisse des sozialen und pädagogischen Nutzens für das einzelne förderungsbedürftige Kind. Schulorganisatorische und kostenreduzierende Erwägungen von politisch interessierten Kreisen haben nach Auffassung des Verbandes gegenüber den (sozial-)pädagogischen und medizinischen Erfordernissen des zu beschulenden Kindes zurückzustehen. Deshalb befürwortet der Verband *lehrer nrw* den Inklusionsprozess auch nur dort, wo die personellen und sächlichen Voraussetzungen gegeben sind, die eine Integration ohne qualitative Verluste in der Förderung des Einzelnen gewährleisten. **Ulrich Gräler**

Foto: Carlos Santa Maria/Fotolia.com

Inklusion – eine neue pädagogische Herausforderung

Der Fachbegriff der Inklusion ist in diesem Jahr in aller Munde. Nur wenigen ist jedoch bewusst, was sich hinter diesem Terminus verbirgt. Dabei ist die Inklusion aufgrund ihrer Zielsetzung ein Thema, das Auswirkungen auf sämtliche gesellschaftlichen Bereiche haben wird, und somit auch auf den schulischen Bereich. Insofern ist es auch dem Verband *lehrer nrw* ein besonderes Anliegen, sich dieser neuen Thematik ausführlicher zu widmen.

Die Inklusion beschreibt den Rechtsanspruch von Menschen mit Behinderungen auf vollständige Teilhabe an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen.

Sichtbarer Ausdruck dieses Paradigmenwechsels im Umgang mit behinderten Menschen ist zum

Beispiel die Umbenennung der 'Aktion Sorgenkind' in 'Aktion Mensch', die heute vor zehn Jahren mit der Zielsetzung der 'Einbeziehung aller' anstelle der 'Ausgrenzung Einzelner' das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses war.

Eine breite politische Unterstützung hat dann das Thema durch die UN-Konvention aus dem Jahr 2006 erhalten, die einen umfassenden Integrationsanspruch von Menschen mit Behinderungen in alle Gesellschaftsbereiche detailliert ausformuliert hat. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese

Konvention im Jahr 2007 unterzeichnet und im Folgejahr in das Bundesrecht übernommen.

Schließlich leistet auch die Tatsache, dass der 15. Weltkongress von Inclusion International im Juni 2010 in Berlin stattfindet, seinen öffentlichkeitswirksamen Beitrag zur Aktualität des Themas hierzulande.

DAS GESETZ

Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (21. Dezember 2008)

Artikel 24 – Bildung:

- (1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen [...].
- (2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass
 - a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderung nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;
 - b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

[...]

FORTSETZUNG

In der nächsten Ausgabe:
Inklusion – ja, aber wie?

Eingruppierungsverhandlungen für Angestellte fortgesetzt

Die **dbb tarifunion** hat gemeinsam mit der **GEW** und **ver.di** die Tarifverhandlungen hinsichtlich einer Entgeltordnung im Lehrkräftebereich mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 15. und 16. März 2010 in Berlin fortgesetzt. In den Verhandlungen wurde über Detailfragen des Eingruppierungsrechts sowie noch einmal über den Einfluss des EU-Rechts auf die Gestaltung eines Eingruppierungsrechts für Lehrkräfte diskutiert. Außerdem wurde ein Vergleich der derzeitigen Eingruppierungsregelungen der an den Schulen beschäftigten so genannten Nichterfüller in den einzelnen Bundesländern begonnen.

In den Verhandlungen bestätigten beide Seiten die Auffassung, dass ein Abschluss der Verhandlungen zur Entgeltordnung für Lehrkräfte nur im Rahmen einer Gesamteinigung sowohl für den Lehrerbereich als auch für den Bereich der übrigen Tarifbeschäftigten möglich ist.

Außerdem haben die Gewerkschaften auf Antworten der TdL zu grundsätzlichen Fragen gedrungen. Um einen zielführenden Verlauf der Verhandlungen zu gewährleisten, erwartet die **dbb tarifunion** daher in der nächsten Verhandlungsrunde eine konkrete Stellungnahme der Arbeitgeber zu folgenden grundlegenden Positionen der Gewerkschaften zum:

- **Geltungsbereich:** Es wird eine umfassende tarifliche Regelung angestrebt.
- **Eingruppierungskriterien:** Die Kriterien für die Eingruppierung umfassen die ausübende Tätigkeit und die für diese Tätigkeit erforderliche Ausbildung.
- **Eckeingruppierung:** Die Eckeingruppierung E 13 für Tätigkeiten, für die ein wissenschaftlicher Hochschulabschluss gefordert ist, gilt auch für Lehrkräfte.
- **Ost-West-Differenzierungen:** Es gilt eine einheitliche Eingruppierung in Ost und West.

Ziel der Präzisierungen ist es, für die Verhandlungspartner, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen, die den Verhandlungs-

verlauf interessiert verfolgen, erkennbar werden zu lassen, mit welcher Intention die beiden Tarifpartner in die Verhandlungen gehen. Schließlich kann aus der Summe der vielen Termine und Themen nur dann etwas Konstruktives entstehen, wenn Gewerkschaften und TdL deutlich werden lassen, welche tarifpolitischen Ziele sie bei den Verhandlungen verfolgen. Durch die im Infokasten nachlesbaren Terminabsprachen ist

zwar eine Art von Fahrplan entstanden, doch fehlt diesem Fahrplan bislang noch das Ziel. Hier ist die TdL in der Pflicht, sich zu erklären.

Lehrer nrw erwartet von der nordrhein-westfälischen Landesregierung, dass sie sich aktiv und konstruktiv in den Verhandlungen engagiert, um den inakzeptablen Zustand einer fehlenden tariflichen Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte an Schulen Nordrhein-Westfalens zu beenden und eine der Ausbildung sowie der Tätigkeit angemessene Entlohnung mit den Tarifpartnern zu vereinbaren.

INFO

Die Verhandlungen werden am 28. April 2010 sowie am 27. und 28. Mai 2010 in Berlin fortgesetzt. Über den Fortgang der Tarifverhandlungen wird *Lehrer nrw* weiter informieren.

Ulrich Gräler/dbb-tarifunion

Lehrer nrw erwartet von der nordrhein-westfälischen Landesregierung, dass sie sich in den Verhandlungen engagiert, um den Zustand einer fehlenden tariflichen Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte an Schulen Nordrhein-Westfalens zu beenden.



Foto: Wikipedia

Übergewicht als Ausschlusskriterium für die Verbeamtung?

Betroffene sollten ein negatives Ergebnis der amtsärztlichen Eingangsuntersuchung nicht willig hinnehmen.

Foto: Gina Sanders/fotolia.com

Keine Verbeamtung bei Übergewicht?

Ein Body-Mass-Index jenseits des Wertes 30 kann die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe in Frage stellen. Sowohl die Verwaltungspraxis als auch die Rechtsprechung zu diesem Thema sind jedoch uneinheitlich.

Nach Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Das gilt auch für eine Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe. Dabei erfasst das Eignungserfordernis unter anderem die gesundheitliche Eignung. Voraussetzung ist, dass die Möglichkeit künftiger Erkrankungen und des Eintritts dauernder Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad ausgeschlossen werden kann. Die Beurteilung der gesundheitlichen Eignung ist ein vom Dienstherrn vorzunehmender Akt wertender Erkenntnis, d.h., diesbezüglich ist eine Prognoseentscheidung zu treffen. Da nach dem derzeitigen Stand der medizinischen Wissenschaft Übergewicht als bedeutender

Risikofaktor für chronische Erkrankungen wie beispielsweise Diabetes mellitus, Bluthochdruck, Stoffwechselstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und psychosoziale Probleme anerkannt ist, hat die Frage, ab welchem (Über-) Gewicht die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bzw. Lebenszeit abgelehnt wird, für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen leider mehr als nur akademische Bedeutung.

Klassifikation und Bewertung des Körpergewichtes erfolgen mit Hilfe des so genannten Body-Mass-Indexes (BMI). Nach den Einstufungskriterien der Weltgesundheitsorganisation ist jeder BMI gleich oder größer 25 als Übergewicht einzustufen. Bei einem Wert ab 30 spricht man von einer Adipositas, deren Vorliegen die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bereits in Frage stellen

kann. Allerdings gibt es in Nordrhein-Westfalen keine einheitliche Verwaltungspraxis, wonach bei einem BMI ab 30 die gesundheitliche Eignung verneint wird, und auch die neuere Rechtsprechung ist uneinheitlich.

So vertritt das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen in seinem Urteil vom 25. Juni 2008 zu Az. 1K 3143/06 die Auffassung, dass die gesundheitliche Eignung für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis bei einem BMI ab 30 durch die damit verbundenen Risiken nicht gegeben sei, da das Übergewicht an sich bereits Krankheitswert habe. Anders entscheidet das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Urteil vom 4. September 2007 zu Az. 2K 5357/06), dass bei einem BMI ab 30 die gesundheitliche Eignung nicht automatisch entfalle, da der Dienstherr einen Beurteilungsspielraum habe und die Umstände des Einzelfalles berücksichtigen muss.

Im konkreten Einzelfall ist deshalb auf ein vermehrtes Verteilungsmuster des Übergewichts im Bauch- und Hüftbereich zu achten, auf Auffälligkeiten der Stoffwechselformparameter, objektivierbare gewichtstypische Gelenksbeschwerden und Bewegungseinschränkungen und das Vorliegen von Bluthochdruck. Betroffene Kolleginnen und Kollegen sollten deshalb das ggf. negative Ergebnis der amtsärztlichen Eingangsuntersuchung nicht willig hinnehmen, sondern Rücksprache mit dem Justitiariat des *Lehrer nrw* halten. Empfehlenswert ist auch die Einbeziehung des Personalrates, da dieser mit der Verwaltungspraxis der jeweiligen Bezirksregierung bestens vertraut ist. Denn: Übergewicht allein ist nicht zwingend ein Hindernis bei der angestrebten Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe.

Michael König

Zeckenbiss ist Dienstunfall

Wird eine Lehrerin auf einer Klassenfahrt von einer Zecke gebissen und erkrankt deshalb an Borreliose, ist der Zeckenbiss als Dienstunfall zu werten, so dass sie Anspruch auf Unfallfürsorge für Beamte hat. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht Leipzig entschieden. In der Begründung führt das Gericht aus, dass die Klassenfahrt als Dienst anzusehen und der Zeckenbiss deswegen ein Dienstunfall sei. »Während einer dienstlich geprägten Tätigkeit sind alle Unfälle Dienstunfälle«, sagte der Vorsitzende Richter, der damit einen fast achtjährigen Rechtsstreit in letzter Instanz entschied. Die betroffene Kollegin, die nach ihrer Erkrankung zehn Monate lang wegen Seh- und Gleichgewichtsstörungen arbeitsunfähig geschrieben war, arbeitet zwischenzeitlich als Schulleiterin und ist wieder genesen. Sollte sie wegen der Borreliose zukünftig gesundheitliche Probleme bekommen, stehen ihr nach Mitteilung ihres Anwaltes genauso erhöhte Bezüge zu, wie auch für die überstandene Krankheitsphase.

Az. BVerwG 2 C 81.08



Schlafen als Schulfach

Wer schläft, sündigt nicht – und lernt besser. Diese Erkenntnis wollen sich jetzt mehrere Schulen in Schottland zunutze machen, indem sie – kein Scherz – Schlafunterricht anbieten. Denn Schottlands Schüler schlafen zu wenig – manche kommen nur auf vier Stunden. Mit so wenig Matratzenhorchdienst hat sich der Legende nach auch Napoleon begnügt. Und wohin den der Schlafmangel geführt hat wissen wir ja – in die Verbannung. Dieses Schicksal will die Schlaforganisation 'Sleep Scotland' den schottischen Kindern ersparen. Darum werden nun Schlafberater in die Schulen geschickt, um den Kids Tipps zu geben: Regelmäßige Bettzeiten, keine schweren Mahlzeiten am Abend, keine Cola und erst recht kein Nikotin nach drei Uhr nachmittags (dann also in der Schule rauchen?). Und Spielkonsolen oder Fernseher sind nur dann kein Teufelszeug, wenn sie nicht im Kinderzimmer stehen.

Ob Schottlands ausgeschlafene Schüler demnächst den Rest des Kontinents überflügeln, bleibt abzuwarten. Die nächste PISA-Studie kommt bestimmt.

Jochen Smets



Länger gemeinsam lernen

Glaut man linken, halb linken und scharf linken Politik- und/oder Schulexperten, dann ist der Schlüssel für dauerhaftes PISA-Glück, für immerwährende Bildungsgerechtigkeit und für die unumkehrbare Auslöschung aller sozialen Ungerechtigkeiten gefunden: Länger gemeinsam lernen. Wenn die Fleißigen und die Faulen, die Begabten und die weniger Begabten, die Klugen und

die nicht ganz so Hellen, die Starken und die Schwachen, die Schüchternen und die Verhaltensauffälligen, die deutschen Muttersprachler und die osteuropäischen Zuwanderer alle in eine Klasse gehen, dann führt sie der Zauber des gemeinsamen Lernens alle zusammen zu ganz neuen kognitiven Höhen. Keiner bleibt zurück. Und Abstriche an der Qualität gibt es selbstredend nicht.

Bisher haben die linken Bildungs-Romanciers das aber noch nicht konsequent zu Ende gedacht. Denn warum sollte man dieses Bildungs-Paradies allen vorenthalten, die volljährig sind? Das ist diskriminierend und daher mindestens ein Fall für Vernor Munoz. Lebenslanges Lernen fordern die Politiker von uns. Warum also nicht lebenslang gemeinsam lernen?

jos

Ministerpräsident Roland Koch, der sich hier beim Besuch einer Schule in Wiesbaden den Umgang mit einem Whiteboard erklären lässt, will die Schullandschaft in Hessen umbauen.

Ärger um Werkrealschulen

In Baden-Württemberg gibt es Ärger um die neuen Werkrealschulen. Verschiedene Gemeinden und Bürgerinitiativen wehren sich gegen den Verlust ihrer örtlichen Hauptschulen. Sie sollen in Werkrealschulen aufgehen. Etwa fünfhundert Werkrealschulen sind bisher genehmigt worden. Der neue Schultyp soll nach dem Willen des Kultusministeriums möglichst groß und daher mindestens zweizügig sein, um einen großen Wahlpflichtbereich anbieten zu können. Dies bedroht jedoch kleinere Schulstandorte. Und die Kommunen wehren sich. Einige bereiten Klagen vor. So wie Gomaringen, wo Bürgermeister Manfred Schmiderer in der Schwäbischen Zeitung wettet: »Bevor wir den Blödsinn mitmachen, den das Land uns vorschlägt, behalten wir lieber unsere Hauptschulen.«

Laut Schulgesetz ist die Werkrealschule »grundsätzlich mindestens zweizügig und kann auf mehrere Standorte verteilt sein«. »Und jetzt interpretiert die Kultusverwaltung, dass die Schüler von der achten Klasse an alle an einem Standort unterrichtet werden müssen. Das ist einfach willkürlich«, sagt Bürgermeister Jürgen Soltau von der ebenfalls betroffenen Gemeinde Kusterdingen in der Schwäbischen Zeitung.

In Gomaringen wird es vorerst keine Werkrealschule geben. »Statt einer schlechten Werkrealschule behalten wir lieber unsere guten Hauptschulen«, sagt Bürgermeister Schmiderer.



Bild: Staatskanzlei Hessen

Hessen führt Mittelstufenschule ein

Hessen will mit der neuen Mittelstufenschule die Möglichkeit eröffnen, die Bildungsgänge Haupt- und Realschule unter einem Dach zusammenzufassen.

Das neue Schulkonzept der hessischen Landesregierung für die Sekundarstufe I stellt Ministerpräsident Roland Koch und Kultusministerin Dorothea Henzler am 26. Februar vor. Koch nannte das Modell »eine zukunftsgerichtete Antwort auf die demografische Entwicklung und auf das Wahlverhalten der Eltern.«

In der Mittelstufenschule sollen beide Abschlüsse erhalten bleiben: der Hauptschulabschluss mit stärkerer berufspraktischer Orientierung, der Realschulabschluss mit dem Schwerpunkt auf einer schulisch-theoretischen Ausbildung und Übergangsmöglichkeiten nach Klasse 10. »Es gilt also das Prinzip: ein Eingang – zwei Ausgänge«, so Koch. In beiden Bildungsgängen sind die Förderung der Ausbildungsreife und der Berufsorientierung zentrale Bestandteile des Unterrichts. Henzler sagte, das neue Konzept richte sich an Haupt- und Realschulen. »Der gymnasiale Bildungsgang bleibt unverändert an Gymnasien, an integrierten und kooperativen Gesamtschulen erhalten.«

Die Mittelstufenschule gliedert sich in eine Aufbaustufe in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 und gabelt sich anschließend in einen praxisorientierten (Jahrgangsstufe 8-9/10) und einen mittleren Bildungsgang (Jahrgangsstufe 8 bis 10). Die Aufbau-

stufe kann schulformbezogen, schulformübergreifend oder teildifferenziert organisiert sein. Im Mittelpunkt stehen fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen. In Jahrgangsstufe 7 findet eine Kompetenzfeststellung für jeden Schüler statt; darauf wird die individuelle Förderung abgestimmt, die zur Erlangung der Ausbildungsreife führen soll. Ein Berufswahlpass (Portfolio) wird verbindlich. Betriebserkundungen und Besuche von Ausbildungsstätten und beruflichen Schulen sollen die weitere Orientierung unterstützen.

Um die individuellen Begabungen der Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern, sollen alle Mittelstufenschulen über ein Ganztagsangebot verfügen. Das Konzept der Mittelstufenschule ist ein freiwilliges Angebot, das sich zunächst an verbundene Haupt- und Realschulen richtet. Nach der Erarbeitung eines inhaltlichen Konzeptes in Kooperation mit einer beruflichen Schule kann die Umwandlung beim jeweiligen Schulträger beantragt werden. Nach Genehmigung des geänderten Schulentwicklungsplanes durch das Kultusministerium kann die Umstellung aufwachsend ab Klasse 5 mit Schuljahresbeginn 2011/2012 erfolgen. Langfristig soll die Mittelstufenschule dann auch eine Option für kooperative und integrierte Gesamtschulen sein.

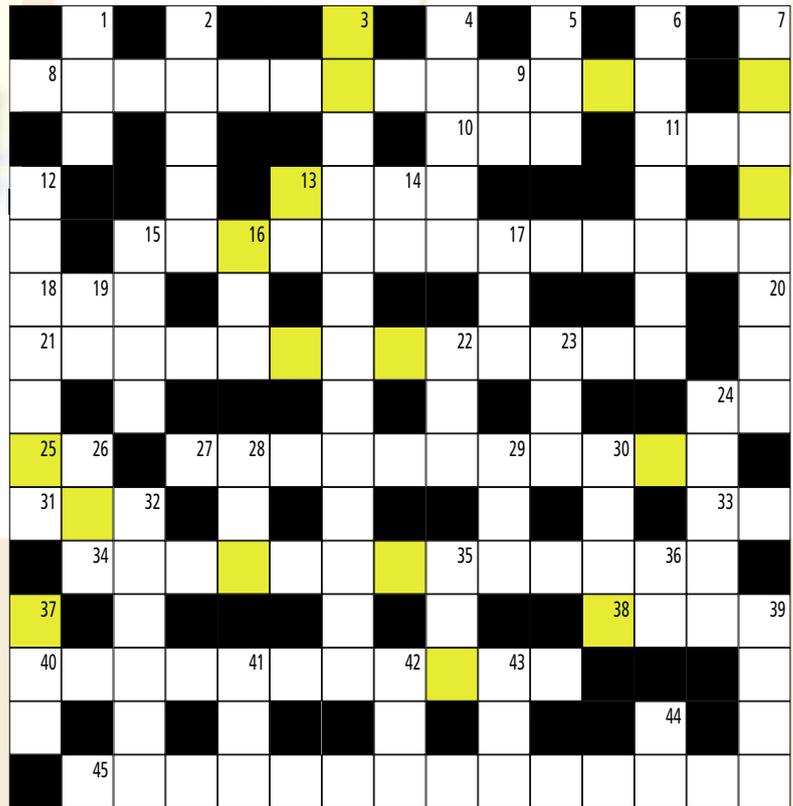
DENK-PAUSE

Waagerecht

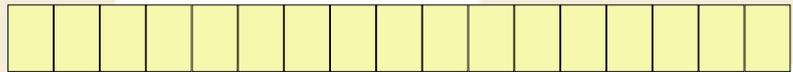
- 8. Berg in Europa
- 10. Alkoholisches Getränk
- 11. Prophet
- 13. Laubbaum
- 15. Temperatur, an der Flüssigkeit erstarrt
- 18. Segelbegriff
- 21. Heimisches Nagetier
- 24. Initialen einer bekannten Person
- 25. Dort
- 27. Kunststoff
- 31. Einheit der Energie
- 33. Spielkarte
- 34. Logische Beweisführung
- 38. Schluss
- 40. Farn
- 45. Globalökonomie

Senkrecht

- 1. Industrienorm
- 2. Sprengstoffe
- 3. Österreichisches Zisterzienserkloster, gegr. 1135
- 4. Wiese
- 5. Mit (span.)
- 6. Versehentlich anstoßen
- 7. Getreide
- 9. Amerikanischer Gruß
- 12. Griechische Meernymphe
- 13. Stadt in Chaldäa
- 14. Mich (engl.)
- 15. Stutzer
- 16. Fell vom sibirischen Eichhörnchen
- 17. Bergspitze (frz.)
- 19. Vogelprodukt
- 20. Ort in Deutschland
- 22. Jetzt
- 23. Raubfisch
- 24. Feuer
- 26. Papagei
- 28. Waldvogel
- 29. Bruder, Mönch (ital.)
- 30. Französischer Käse
- 32. Höhle
- 35. Machen
- 36. An (engl.)
- 37. Afrikanisches Tier
- 39. Herausgeben (engl.)
- 41. Ist (frz.)
- 42. Zeitmesser
- 43. Rauch
- 44. Die (span.)



Lösungswort: Das erwartet den Lehrer und die Lehrerin täglich.



RÄTSELAUFLÖSUNGEN

Das Lösungswort des Kreuzworträtsels in BILDUNG *real* 2/2010, Seite 27 lautet:

LEHRAMTSANWÄRTER

Der nebenstehenden Grafik können Sie die komplette Auflösung des Rätsels entnehmen.



T	E	G	H	C	L	U	S	A
C	U	A	E	G	S	T	L	H
L	H	S	T	U	A	G	E	C
A	G	T	C	E	H	L	U	S
S	C	H	U	L	T	A	G	E
U	L	R	A	S	G	C	H	T
B	S	U	L	T	C	E	A	G
G	T	I	S	A	R	H	C	U
E	A	C	G	H	U	S	T	L

	P						C		
	C	H					L	O	
	I		R		C		P		T
				L		I			
				L	O	S	P	H	
				C		T			
	O		T		L		R		P
		H	C				O	L	
		R						T	

Lösung in der ersten Zeile: So möchten viele gerne sein.

SUDOKU

Ein starkes Team



Engagieren auch Sie sich gegen die Zerschlagung des gegliederten Schulwesens in Nordrhein-Westfalen

Werben Sie Mitglieder für lehrernrw.
Damit Ihr Verband noch stärker gegen die Einführung der Einheitsschule kämpfen kann.
Entsprechende Formulare finden Sie auf unserer Homepage www.lehrernrw.de unter 'Service' und 'Warum Mitglied werden?'

lehrernrw setzt sich ein:

- für den Erhalt der Haupt- und Realschulen
- für verbesserte Arbeitsbedingungen
- für kleinere Systeme und kleinere Klassen